Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (2025) 19:381–408
https://doi.org/10.1007/s12286-025-00647-w

ZEITSCHRIFT FÜR VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

RESEARCH NOTE

Soziale und politische Rahmenbedingungen des lokalen Corona-Protests

Der Einfluss politischer Affinitäten, regionaler Corona-Inzidenzen und Strenge staatlicher Maßnahmen in Sachsen.

Karl-Heinz Reuband

Angenommen: 28. Juli 2025 / Online publiziert: 12. August 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Am Beispiel des Bundeslandes Sachsen wird auf der kommunalen Ebene untersucht, wie politische und soziale Rahmenbedingungen Einfluss nehmen auf das Vorkommen von Protest gegen die Corona-Maßnahmen und auf die Teilnehmerzahlen an diesen Protesten. Als bedeutendste Einflussgröße erweisen sich Ortsgröße und Funktion des Orts als regionales Zentrum. Keinen Einfluss übten der Anteil der AfD-Wähler, der Nichtwähler und die Historie rechtspopulistischen Protests aus, ebenso wenig ergaben sich Effekte von Corona-Inzidenzen und Strenge bisheriger Maßnahmen auf die Teilnehmerzahlen. Auf der Kreisebene wirkt sich der AfD-Wähleranteil auf das Ausmaß des Protestgeschehens hingegen aus. Der Grund dafür mag sein, dass viele Teilnehmer außerhalb des Protestortes ansässig sind und Kontakte maßgeblich regional und nicht lokal geprägt sind.

Schlüsselwörter Corona · Proteste · AfD · Corona-Inzidenzen · Strenge der Maßnahmen · Städte- und Gemeinden · Landkreise · Sachsen

✉ Prof. em. Dr. Karl-Heinz Reuband
Philosophische Fakultät, Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland
E-Mail: reuband@hhu.de

Social and political conditions of local Corona protest

The influence of political affinities, regional corona incidence and severity of state measures in Saxony

Abstract Saxony is the focus of a study which assess the impact of political and social conditions on the prevalence of protest against Covid policies and the number of participants. This is done on a communal level. Size of community and its central function emerge as the most important factors. No impact is found for the proportion of AfD-voters, non-voters and history of right wing populist protests. Neither is there an impact of covid-incidence and severity of covid-measures ever used. On the regional rather than the communal level an AfD-effect on the number of participants however can be observed. A reason for it could be that many participants come from outside the place of protest and that their social contacts extend across the regional rather than the communal level.

Keywords Covid-19 · Protest · AfD · Covid-incidence · Severity of covid-policy · Communities · Counties · Saxony

1 Die Corona-Pandemie in Sachsen

Die Corona-Pandemie, die in Deutschland im März 2020 einsetzte und im Wesentlichen bis in das Jahr 2022 reichte (erst Anfang 2023 wurde sie offiziell für beendet erklärt), zählt zu den bedeutendsten Ereignissen der deutschen Nachkriegszeit. Die Sorge, sich zu infizieren und einen schweren Verlauf – womöglich gar den Tod – zu erleiden, prägte lange Zeit einen großen Teil der Bevölkerung und bestimmte ihren Alltag (vgl. COSMO 2025; BfR 2025). Die staatlichen Instanzen reagierten mit einem etablierten Standardrepertoire zur Bekämpfung von Pandemien, bei denen die Virusübertragung über die Luft erfolgt: mit Distanzgeboten, Maskenpflicht und Lockdowns (letztgenannte erstmals im März 2020) und ab Dezember 2020 mit der Verfügbarmachung neu entwickelter Impfstoffe, von denen angenommen wurde, sie würden sicheren Schutz bieten. Mit den Maßnahmen kam die Regierung den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Sicherheit und Gesundheitsschutz nach. Dies führte trotz der individuellen Einschränkungen, die man hinnehmen musste, zu einem Vertrauensschub in die Regierung und zu einem „rally round the flag"-Effekt, der den politischen und sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkte (Reuband 2025c, S. 198ff.).

Aber mit den eingeleiteten Maßnahmen gegen Corona-Infektionen wurde in anderen Teilen der Bevölkerung zugleich ein Protestpotential geschaffen, das sich gegen die Maßnahmen wendete und im Verlauf der folgenden zwei Jahre an Bedeutung gewann. Die Kritiker und Gegner der Corona-Maßnahmen stellten nicht nur die Gefahr der Corona-Infektion in Frage, sondern ebenso die Wirksamkeit der Maßnahmen und thematisierten die Zwänge, die den Bürgern auferlegt wurden (Institut für Demoskopie 2022b: Grafik 13, Best et al. 2023).

Die ersten Proteste setzten auf lokaler Ebene im März 2020 ein und entwickelten in der folgenden Zeit schnell eine eigene Dynamik mit überlokaler Verbreitung. Im

Frühjahr 2022 erreichten sie bundesweit nicht nur in ihrer Häufigkeit und überlokalen Verbreitung, sondern ebenso in den Teilnehmerzahlen ihren Höhepunkt. Allein in der ersten Januarwoche gab es an einem Tag mehr als tausend Veranstaltungen mit über 200.000 Teilnehmern (Bubrowski und Haupt 2022). Und am Montag, den 31. Januar 2022, protestierten bundesweit gar rund 300.000 Menschen, darunter rund 50.000 in Sachsen. Die Teilnehmerzahlen hatten sich innerhalb kurzer Zeit vervielfacht (Reuband 2022a, S. 84).

Die größten Proteste – gemessen an der Zahl der Protesttierenden pro Kopf der Bevölkerung – entfielen in dieser Zeit auf Sachsen. Corona-kritische Positionen waren dort schon seit längerem weiter verbreitet als in anderen Bundesländern (Reuband 2022a), und die Corona-Bedrohung wurde auf der Verhaltensebene weniger ernst genommen. Dies schlug sich nicht nur in der bundesweit niedrigsten Corona-Impfquote nieder, sondern ebenso in einer weniger zurückhaltenden Nutzung des öffentlichen Raums, selbst in Zeiten hoher Corona-Bedrohung (Ragnitz 2021, S. 19).

Von der vierten Corona-Welle, die Ende 2021 die Bundesrepublik überrollte, wurde Sachsen in besonders starkem Maße betroffen. Die Infektionsquoten erreichten Höhen, wie es sie zu dieser Zeit in keinem anderen Bundesland gab. Angesichts dessen und der unterproportionalen Impfquote reagierte die Landesregierung mit einer Verschärfung der Corona-Bestimmungen. Ab November 2021 galten in Sachsen die bundesweit strengsten Regelungen. Kultur- und Freizeiteinrichtungen wurden geschlossen, und zu Gaststätten und Einkaufsstätten hatten Ungeimpfte keinen Zugang mehr (DER SPIEGEL 2021).

Inwieweit die seit längerem bestehenden kritischen Einstellungen gegenüber den Corona- Maßnahmen, die Verschärfungen der Corona-Politik, die Impfzwänge oder alle diese Momente zusammen zu der bundesweiten Sonderstellung Sachsens im Protest beitrugen, ist eine offene Frage. Sicher ist: Die kollektiven Bedingungen für Protest waren günstig, Voraussetzungen waren gelegt. Aber unklar ist: unter welchen Bedingungen vollzog sich die Genese des Protests und ihrer Teilnehmerzahlen *innerhalb* Sachsen? Welchen Stellenwert hatten politische Orientierungen, Corona-Inzidenzen und die Maßnahmen, welche die Infektionsrisiken reduzieren sollten, aber tief in das Alltagsleben der Bürger eingriffen? Und welche Einstellungen überwogen überhaupt in der Bevölkerung in Fragen des Umgangs mit Corona?

2 Das politische Meinungsbild der Bevölkerung und die Rahmenbedingungen des Protests

2.1 Die Beurteilung der Corona-Maßnahmen durch die Bevölkerung und die abweichende Position der AfD-Wähler

Die Entstehung von Protest und Protestbewegungen wird begünstigt, wenn Lebensbedingungen oder staatliche Maßnahmen als Missstände, als ungerecht oder als nicht hinnehmbar definiert werden oder sie das eigene Alltagsleben maßgeblich einschränken (vgl. u. a. Rucht 2023, S. 53). Ob ein derartiges Urteil gefällt wird, resultiert nicht aus den objektiven Bedingungen selbst, sondern aus deren Wahrnehmung und

Einordnung in einen bestehenden Bezugsrahmen. So mögen für den einen Teil der Bevölkerung Maskenpflicht und Lockdowns als begrüßenswerte Maßnahmen gelten, welche die eigene Gefährdung und die Gefährdung anderer durch den Virus reduzieren. Für die anderen hingegen können Maskenplicht und Lockdowns als Eingriff in die eigene personale Autonomie verstanden werden und als eine Maßnahme, die mit den Gefahren des Virus wenig oder gar nichts zu tun hat.

Anders als im medialen und öffentlichen Diskurs gelegentlich behauptet (z. B. Klapsa 2024) und es die Proteste auf den ersten Blick erscheinen lassen, erfuhren die Corona-bezogenen Maßnahmen in der Corona-Zeit in der Bevölkerung mehrheitlich eine breite Zustimmung (vgl. u. a. Rippel und Seipel 2025: 80; Infratest-dimap 2022). An dem grundsätzlich positiven Urteil änderte sich selbst nichts, nachdem die Pandemie beendet war. So hielten im April 2024 rückblickend 88 % der Befragten die Maskenpflicht für angemessen, und 70 % sagten dies in Bezug auf die – seinerzeit nicht beschlossene – Impfpflicht (ntv 2024).

So sehr die Mehrheit der Bevölkerung den Corona-Maßnahmen gegenüber aufgeschlossen war und sie bejahte, gab es doch andererseits einen (kleinen) Teil, der die Maßnahmen ablehnte und sogar an den Corona-Gefahren zweifelte. Eine Schlüsselstellung nahmen hierbei die AfD und ihre Wähler ein. Ähnlich wie rechtspopulistische Parteien in anderen Ländern (Oliviero 2021) lehnte die Partei die staatlichen Maßnahmen der Corona-Bekämpfung ab. Zu Beginn der Corona-Pandemie war sie in der Frage des Umgangs zwar zunächst noch unschlüssig gewesen, durchlief sogar eine kurze Phase, in der sie härtere Maßnahmen gegen die Corona-Ausbreitung forderte. Doch relativ schnell – im Frühjahr/Sommer 2020 – wich diese Haltung einer generellen Oppositionshaltung und machte die Partei im deutschen Parteienspektrum zur stärksten Kritikerin der Maßnahmen (Hentges und Wiegel 2022, S. 282ff.; Schroeder und Weßels 2023, S. 42).

Die AfD-Wähler korrespondieren in ihren Einstellungen weitgehend mit den Positionen der Partei. So lehnten sie die Corona-bezogenen Maßnahmen überproportional ab – von der Vorschrift, Masken zu tragen, bis hin zu den „Lockdowns“ und der Corona-Impfung. Und sie hielten die vorgegebenen Regeln zur Vermeidung von Infektionen seltener ein als andere Bundesbürger (vgl. u. a. Institut für Demoskopie 2020; Decker et al. 2021; Der Tagesspiegel 2021). Für die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen brachten die AfD-Wähler nicht nur mehr Verständnis auf als die Anhänger der anderen Parteien und bezeichneten sie als „gut“, sondern bekundeten auch eher eine Bereitschaft, sich an ihnen zu beteiligen (Grande et al. 2021; Hunger et al. 2023). Im September 2020 fanden nur 14 % der Bundesbürger die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen „gut“, unter den AfD-Wähler waren es 53 % (Forschungsgruppe Wahlen 2020). Im Januar 2022 war der Anteil der AfD-Wähler, welche die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen „gut“ fanden, sogar auf 83 % gestiegen (Forschungsgruppe Wahlen 2022, Sekundäranalyse durch Verfasser). Man könnte dies als eine gestiegene Radikalisierung interpretieren.

Welchen Anteil die AfD-Wähler unter den Teilnehmern an den Protesten einnahmen, ist ungeklärt. Die Datenlage dazu ist spärlich, und deren Aussagekraft ist beschränkt. Die Chance, die sich in der großen Verbreitung der Corona-Proteste bot und Befragungen erlaubt hätte, wurde in der Forschung nicht genutzt. Die einzige Befragung von Protestteilnehmern in der Bundesrepublik, fand in Konstanz statt

(Koos 2021) – einer eher atypischen Stadt (weil Universitätsstadt) in einem eher atypischen Bundesland (mit einem Ministerpräsidenten, der dem Bündnis 90/Die Grünen angehört). Des Weiteren gibt es eine Online-Befragung von (überwiegend westdeutschen) Teilnehmern von Telegram-Gruppen (Nachtwey et al. 2020) – eine spezielle, ebenfalls nicht oder nur begrenzt repräsentative Gruppe der Protestteilnehmer. Ansonsten liegen lediglich bundesweite Bevölkerungsbefragungen vor, in denen die Bewertung der Corona-Maßnahmen und die Bereitschaft zu Protesten erfragt wurde, nicht aber die Protestteilnahme selbst (Grande et al. 2021; Hunger et al. 2023).

Die Erhebungen, so heterogen sie in ihrer Methodik und ihren Ergebnissen im Einzelnen auch sind, stimmen darin überein, dass die AfD-Wähler unter den Protestgeneigten überrepräsentiert sind, sie jedoch – zumindest zum Zeitpunkt dieser Erhebungen – keine Mehrheit bildeten. So äußerten in der Telegram-Gruppe lediglich 15 %, sie hätten bei der letzten Bundestagswahl die AfD gewählt, und nur 27 % wollten sie bei einer Bundestagswahl wählen (Nachtwey et al. et al. 2020, S. 10). Unter den Befragten mit Verständnis für die Proteste gaben in einer bundesweiten Erhebung in Februar 2021 lediglich 31 % an, die AfD bei der letzten Bundestagswahl die AfD gewählt zu haben. Zukünftig wollten es 38 % tun (Grande et al. 2021, S. 7).

In der Konstanzer Befragung von Protestteilnehmern wurde die Frage zur früheren oder gegenwärtigen Wahlabsicht nicht gestellt. Gefragt wurde lediglich, ob es eine bestimmte Partei gebe, der man seit längerem zuneige. Mehr als die Hälfte meinte, es gebe keine derartige Partei. In den übrigen Nennungen beliefen sich die Anteile für die Parteien auf nahezu vernachlässigbare Werte zwischen 2 und 7 %, mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen. Diese kamen auf 14 % der Nennungen (Koos 2021: 8). Hinter dem niedrigen Anteil der Parteigebundenen verbirgt sich vermutlich weder politisches Desinteresse – die große Mehrheit bekundet durchaus politisches Interesse – noch ein erratisches Wahlverhalten. Die Einstufung hat wohl eher etwas mit dem Gefühl zu tun, im bisherigen Parteienspektrum noch keine Partei gefunden zu haben, an die zu binden es sich lohnen würde. Und vielleicht mag bei dem einen oder anderen auch das Selbstverständnis eine Rolle gespielt haben, sich nicht zwingend auf eine Partei festlegen zu wollen und sich von Wahl zu Wahl neu zu entscheiden (ob dies dann so auch praktiziert wird, ist eine andere Frage).

Kennzeichnend für die befragten Teilnehmer des Konstanzer Protests und der Telegram-Gruppe war, dass sie z. T. aus eher esoterischen, anthroposophischen oder einstmals eher „grünen“ Milieus stammten und nicht das rechtspopulistische Profil aufwiesen, das man erwartet hatte (vgl. Koos 2021; Nachtwey et al. 2020; Frei und Nachtwey 2021). Ob die Ergebnisse in Bezug auf den Stellenwert der AfD und die politischen Orientierungen auf die Bundesrepublik als Ganzes, auf Ostdeutschland oder speziell auf Sachsen generalisiert werden können, ist fraglich. An den ostdeutschen Protesten dürften sich nach Ansicht mehrerer Autoren – die sich primär auf Eindrücke und Beobachtungen stützen – Personen mit rechten und rechtsextremen politischen Einstellungen in stärkerem Maße beteiligt haben als an den westdeutschen Protesten.

Parolen von den Demonstrationen oder Kommentare in den Medien hätten gezeigt, dass viele der Teilnehmenden in Sachsen zwar nicht rechtsextrem organisiert

seien, aber durchaus rechtsextrem denken (Netzwerk tolerantes Sachsen 2022). Es hätten sich unter dem Label „Querdenker“ Gruppen gesammelt, die an die Teilnehmer der PEGIDA-Aufmärsche erinnert hätten und eine inhaltliche Nähe zu extrem Rechten aufweisen (Hentges und Wiegel 2022, S. 299). Die Demonstrationen seien geprägt von autoritären Narrativen, antisemitischen Verschwörungserzählungen und einer verharmlosenden Instrumentalisierung der Geschichte des Nationalsozialismus. Hinzu käme eine „extrem rechte“ Eliten- und Institutionenkritik, die durch ein „seit Jahrzehnten vorhandenes und zum Teil kulturell etabliertes Misstrauen gegen staatliches Handeln“ erklärt werden könne (Kulturbüro Sachsen o.J.).

Beachtung bedarf im Zusammenhang mit dem politischen Einstellungsspektrum auf der regionaler Ebene ebenfalls der Nichtwähleranteil. Nichtwähler zeichnen sich überproportional häufig durch Politikverdrossenheit und rechtspopulistische Einstellungen aus (Bohne 2010; Küpper 2017; Vehrkamp und Merkel 2020). Das rückt sie in die Nähe der AfD-Wählerschaft. Es macht sie anfällig für die Themen, die von dieser Partei vertreten werden. Die Nähe spiegelt sich nicht zuletzt in den Korrelationen auf der kommunalen Ebene wider. Danach korrelieren AfD-Wähleranteil und Nichtwähleranteil miteinander, wie sich am Beispiel Sachsens zeigen lässt. Wo der AfD-Wähleranteil überproportional groß ist, ist ebenfalls der Nichtwähleranteil überproportional groß.[1] Orte und Regionen mit hohem AfD-Wähler und Nichtwähleranteil bilden aus diese Sicht ein günstiges Reservoir für die Generierung von Protest gegen die Corona-Maßnahmen. Entsprechend wäre zu erwarten, dass die Wahrscheinlichkeit von Corona-Protest steigt, je größer der Anteil der AfD-Wähler und der Nichtwähler vertreten ist.

2.2 Corona-Inzidenzen und Strenge der Corona-Maßnahmen

Politische Einstellungen setzen einen Bezugsrahmen, innerhalb dessen Ereignisse und Maßnahmen gesehen und bewertet werden. Damit ist eine gewisse Disposition zum Protest oder Nicht-Protest angelegt; aber es schließt nicht aus, dass Ereignisse und Maßnahmen auch eigenständige Reaktionen hervorrufen, losgelöst von bestehenden politischen Grundüberzeugungen. Mancher mag die Ansichten der AfD nicht teilen, aber in dem Moment, wo er selbst von den Maßnahmen – wie Lockdowns oder drohender Impfpflicht – betroffen ist, eine ähnlich kritische Position in der Corona-Frage einnehmen und sich entsprechend verhalten.

In diesem Zusammenhang sind in der Literatur zwei Aspekte des Corona-Geschehens als bedeutsam für Protest genannt worden: die kollektive Belastung durch Corona, exemplifiziert durch die regionalen Infektionsraten in Form von Corona-Inzidenzen bzw. Corona-Mortalität, und die Strenge der staatlich ergriffenen Maßnahmen. Je geringer die Infektionsraten, so die Annahme, desto größer die Kluft zwischen der subjektiven Bedrohungslage und den Maßnahmen (Plümper 2021; Neumayer et al. 2024). Und je schwerwiegender die ergriffenen Maßnahmen, je

[1] Die Korrelation zwischen dem AfD-Wähleranteil in der Bundestagswahl 2021 und der Wahlbeteiligung auf der kommunalen Ebene liegt bei $r = -0{,}28$ ($p < 0{,}001$) (eigene Daten für Sachsen unter Kontrolle von Ortsgröße und Funktion des Ortes als zentraler Ort).

größer die Einschränkungen des täglichen Lebens, desto größer die Protestbereitschaft (u. a. Plümper 2021; Kriesi und Oana 2022; Iacoella et al. 2021).

Gegen die die These, niedrige Infektionsraten würden Proteste begünstigen, ließ sich jedoch eine Reihe von Einwänden vorbringen. Die Autoren, die diese Hypothese vertreten (Plümper 2021; Neumayer et al. 2024), stützen sich – ohne jegliche Belege – auf die Annahme, dass die Proteste zentral organisiert sind und dass diejenigen, welche die Proteste organisieren, unter strategischen Überlegungen Gebiete mit niedrigen Infektionsraten als Ort des Protests wählen. Denn dann wäre die Diskrepanz zu den Corona-Maßnahmen umso größer. Gegen einen derartigen Erklärungsansatz spricht nicht nur, dass – wie später noch zu zeigen ist – es keine Anhaltspunkte für eine strategische, überlokale Organisation des Protests gibt (zumal in Bezug auf den Ort, in denen es zuerst zu Protesten kam), sondern ebenso, weil andere Zusammenhänge mit den Infektionsraten gelten können.

Proteste sind nämlich nicht nur bei niedrigen, sondern ebenso bei hohen Inzidenzen denkbar und können dafür eine gewisse Plausibilität beanspruchen. Für einen Einfluss *niedriger* Inzidenzen spräche, wenn diese in der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen und vor diesem Hintergrund staatliche Eingriffe – wie Lockdowns – als unverhältnismäßig oder gar als illegitim beurteilt werden. Für *hohe* Inzidenzen als Determinante von Protest würde sprechen, wenn – wie während der Corona-Krise der Fall – die Maßnahmen der Corona-Bekämpfung an der Höhe der Inzidenz anknüpfen und auf hohe Inzidenzwerte mit einer Verschärfung reagiert wird. Gewiss mag mancher angesichts hoher Inzidenzwerte die Maßnahmen für gerechtfertigt halten. Aber ein anderer Teil, der nicht an die Corona-Gefahren glaubt, wird wenig Gründe für die strengen Maßnahmen finden und den Inzidenzen keine Bedeutung zuschreiben.

Und noch ein weiteres Moment spricht – wenngleich aus anderen Gründen – für eine Korrespondenz zwischen Protest und hohen Inzidenzen: Hohe Inzidenzzahlen sagen bundesweiten wie regionalen Daten zufolge (darunter Sachsen) etwas aus über die Verbreitung kritischer Einstellungen gegenüber den Corona-Maßnahmen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern. So wiesen in denjenigen Kommunen die Corona-Inzidenzen überproportional hohe Werte auf, in denen die AfD-Wählerschaft überproportional stark vertreten war (Reuband 2021a, S. 9, 2021b: 208 ff.; Lange und Monschauer 2021, S. 13; Richter et al. 2021; Schroeder und Weßels 2023, S. 45). Die Trivialisierung des Corona-Virus und der nachlässige Umgang mit der Corona-Gefährdung in der AfD-Wählerschaft dürfte die Zahl der Corona-Infektionen in Regionen mit hohem AfD-Wähleranteil in die Höhe getrieben haben.

2.3 Widersprüchliche empirische Befunde und offene Fragen

Die empirische Evidenz, die auf der Basis bisheriger Forschung zu dem Thema vorliegt, ist spärlich und ergibt ein komplexes Bild, das von Unstimmigkeiten nicht frei ist. In den Untersuchungen, die sich der Frage der politischen Zusammensetzung des Protest-Ortes und dem Protestverhalten – gemessen an der Zahl der Tage mit Kundgebungen am Ort – auf kommunaler Ebene in Sachsen annahmen, ergaben sich keine Zusammenhänge zwischen dem AfD-Wähleranteil am Protestort und der Zahl der Tage mit Protesten. Gleiches galt für den Effekt der Wahlbeteiligung. Einzig die

Ortsgröße erwies sich als bedeutsam: Je größer der Ort, desto größer war innerhalb des Beobachtungszeitraums die Zahl der Protestkundgebungen. Die gleiche Analyse auf Kreisebene vollzogen, brachte zwar von der Tendenz her einen AfD-Effekt in die erwartete Richtung, aber erreichte nicht die statistische Signifikanz, die ein eindeutiges Urteil erlaubt hätte.[2] Ein statistisch signifikanter Zusammenhang mit den auf der Kreisebene verbreiteten Einstellungen der Bevölkerung zu Corona und zu rechtspopulistischen Themen ergab sich andererseits sehr wohl. Je kritischer die Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen, je stärker das Verschwörungsdenken, desto häufiger die Corona-Proteste (Reuband 2022b).

In einer bundesweiten Untersuchung, die sich ebenfalls auf die Kreisebene stützte und sich der Häufigkeit der Proteste annahm, ergab sich, dass die Proteste dort seltener waren, wo sich die „mainstream" Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne) auf hohe Wählerzahlen stützten (Plümper 2021). AfD und Linke wurden dabei als „radikale" „Nicht-Mainstream"-Parteien zusammengefasst und den „Mainstream" Parteien in der Analyse entgegengestellt. Die Linken und die AfD zusammenzufassen, stellt freilich ein höchst problematisches Vorgehen dar: Wenn man bedenkt, dass die Wähler der Linken sich in ihren Einstellungen zu Corona und ihrer Billigung der Corona-Maßnahmen von den Wählern der anderen Parteien kaum unterschieden und mit den Wählern der AfD in Corona-Fragen nichts gemein hatten, ja geradezu im Kontrast zu ihnen stehen.[3] Angesichts dessen weiß man letztlich nicht, wie stark man den AfD-Effekt anzusetzen hat, wie sehr dieser durch den Effekt der „Linken" überlagert ist. Anzunehmen ist, dass der AfD-Effekt jedenfalls größer sein müsste als es die Angaben zum gemeinsamen Effekt von AfD und „Linken" ausweisen.[4]

Die gleiche bundesweite Studie ging der Frage nach dem Effekt der Corona-Inzidenzen nach und verwendete hierfür Mortalitätsdaten, gemessen an der Zahl der Corona-Verstorbenen. Die Mortalitätsdaten wurden von den Autoren als zuverlässigere Datenquelle für die Corona-Bedrohung erachtet. Das System der Corona-Tests-Zentren sei (2020) noch nicht hinreichend ausgebaut, die Angaben daher unvollständig. Dem kann man entgegenhalten, dass die Mortalitätszahlen nicht nur die Corona-Inzidenzen widerspiegeln, sondern ebenso das medizinische Hilfesystem, die Bedingungen medizinischer Intervention und andere Faktoren. Ob die Mortali-

[2] Es handelt sich bei der Untersuchung – wie im vorliegenden Beitrag – um eine Vollerhebung, bei der es statistisch gesehen keiner Signifikanztests bedarf. Aufgrund von Messfehlern macht es jedoch Sinn, ergänzend statistische Signifikanztests durchzuführen (Broscheid und Geschwend 2005).

[3] In einer bundesweiten Erhebung von 2022 z. B. meinten 73 % der AfD-Wähler „Die Regierung hat die Bevölkerung in der Coronakrise gezielt in Angst versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen". Unter den Wählern der „Linken" glaubten dies nur 29 %, unter den Wählern der CDU/CSU 31 %, der SPD 34 und 8 % der „Grünen" (Best et al. 2023, S. 58). Ähnliche Unterschiede zwischen den „Linken" und der AfD ergeben sich bei anderen Fragen in anderen Studien. So äußerten z. B. im Januar 2022 83 % der AfD-Wähler Verständnis für die Corona-Proteste, hingegen lediglich 19 % der Linken-Wähler. Die FDP-Wähler äußerten zu 32 % Verständnis, CDU- und SPD-Wähler zu 12 % und Wähler von Bündnis 90/die Grünen zu 8 % (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Januar 2022, Sekundäranalyse durch den Verfasser). Ähnliche Unterschiede auch im Glauben an Corona-bezogene Verschwörungstheorien (Institut für Demoskopie 2022: 26).

[4] In der Bundestagswahl 2021 lag der AfD-Anteil an der Stimmenzahl von AfD und den Linken zusammen in Ostdeutschland bei 69 % und in Westdeutschland bei 73 %.

tätszahlen bei der Genese des Protests den Akteuren bekannt sind und ihr Verhalten mitbestimmen, ist zudem eine offene Frage.

In der zeitlichen Abfolge zeigte sich in der Untersuchung: Proteste waren umso häufiger, je niedriger die Mortalitätszahlen lagen.[5] Die Zusammenhänge (ebenfalls in Bezug auf die Wahlpräferenzen) ließen sich allerdings nur für Westdeutschland finden, für Ostdeutschland ergaben sie sich nicht (Plümper 2021: 2246). Warum sie nur für Westdeutschland galten, wurde als Fragestellung nicht weiterverfolgt. Des Weiteren zeigte sich in der Studie ein Effekt der Strenge der Corona-bezogenen Maßnahmen: Je schwerwiegender diese in ihren Konsequenzen für die Bürger waren, desto häufiger waren die Proteste – ein Befund, der sich auch in ländervergleichenden Analysen und bei Vergleichen innerhalb der USA ergab (Neumeyer et al. 2024; Kriesi und Oana 2023; Iacoella et al. 2021). Allerdings trat ebenfalls in diesen Untersuchungen eine moderierende Wirkung nationaler bzw. regionaler Zugehörigkeit hervor: Die Effekte traten nicht in allen Ländern auf (Kriesi und Oana 2023: 754), und innerhalb der USA machte das Ausmaß sozialer Ungleichheit einen bedeutenden Unterschied, ob und wie stark Effekte existierten (Iacoella et al. 2021). Aus dieser Sicht ist die empirische Evidenz in dieser Frage weniger eindeutig als es man es zunächst erwarten würde.

3 Zielsetzung und methodische Grundlagen

Im Folgenden soll am Beispiel von Sachsen der Frage nachgegangen werden, welche sozialen und politischen Einflussfaktoren den Protest gegen die Corona-Maßnahmen im lokalen Vergleich begünstigten, welchen Einfluss politische Einstellungen, Inzidenzwerte und Strenge der bisher erfahrenen Corona-Maßnahmen haben. Dabei wird ein Unterschied gemacht zwischen dem (erstmaligen) Vorkommen von Protest in der Zeit der Corona-Krise und dem Umfang des Protests in späterer Zeit, u. a. gemessen an die Zahl der Teilnehmer an den Kundgebungen im Januar 2022. Eine derartige Differenzierung ist bislang in der Forschung eher unüblich, sie dürfte jedoch dem Aspekt von Verlaufsprozessen, die den Protestkundgebungen eigen sind, eher gerecht werden.[6]

Wie sich Gemeinden zu Orten des Protestes herausbilden, ist – von Einzelfallstudien abgesehen – bislang wenig erforscht. Die Studien, die sich der Frage widmen, wie Menschen dazu kommen, sich erstmals einer Protestbewegung anzuschließen, sind eher selten (vgl. Verhulst und Walgrave 2009). Zudem handelt sich es dabei nicht um neue Proteste, sondern welche, die seit längerem schon bestehen. Die Beantwortung der Frage, unter welchen Bedingungen sich erstmals ein Protest an einem Ort formiert, kann aus diesen Befunden nicht abgeleitet werden.

In der Protestforschung hat bisher vor allem die Zahl der der Proteste über einen spezifischen Zeitraum oder über eine geographische Einheit hin im Vordergrund der

[5] Erhoben wurde die Zahl der Kundgebungen pro Ort und Monat auf der Basis der ACLED-Datenbasis („Armed conflict location and event data basis“).

[6] Es handelt sich dabei nur um einen Ausschnitt des Verlaufsprozesses, intern sind weitere Differenzierungen möglich (vgl. dazu auch Klandermans 2015).

Analysen gestanden. Der Umfang des Protests, gemessen an der Zahl der Teilnehmer, hat demgegenüber weniger Aufmerksamkeit auf sich gezogen (Briggs 2018). In manchen Fällen standen die Teilnehmerzahlen bei der Analyse einzelner Kundgebungen im Fokus, in anderen Fällen wurden sie über mehrere Proteste hinweg summiert (wobei offenbleibt, wie viele Personen mehrfach daran teilnahmen). Was im vorliegenden Beitrag interessiert, ist jedoch nicht die Zahl der Teilnehmer an den Protesten während der gesamten Corona-Krise, sondern in der Zeit, in welcher die Zahlen von Woche zu Woche zunahmen und der Protest seinen Höhepunkt erreichte: im Januar 2022.

Geht man davon aus, dass die Protestteilnahme einer inhaltlichen Protestmotivation unterliegt, und die Teilnehmer bestrebt sind, diese in öffentliche Kundgebungen kundzutun, dann ist zu erwarten, dass sich die Einflussgrößen, die auf die Genese des ersten Protests am Ort und auf die Höhe der Teilnehmerzahlen einwirken, einander ähneln. Dies schließt zwar nicht aus, dass aufgrund äußerer Restriktionen oder anderen Gründen nicht alle Einflussgrößen gleichermaßen zur Geltung kommen. Aber die Grunddispositionen müssten sich doch herauskristallisieren.

Die empirische Basis bilden die 419 Städte und Gemeinden Sachsens. Für bestimmte Fragestellungen, die auf der kommunalen Ebene nur eingeschränkt analysiert werden können, beziehen wir partiell die Kreisebene mit ein. Die Zahl der kreisfreien Städte und Landkreise beläuft sich in Sachsen auf 13. Bei Wahl der kommunalen Ebene wird ein niedrigeres Aggregationsniveau als bei Wahl der Kreisebene zugrunde gelegt und damit ein engerer Bezug zwischen individuellen Charakteristika der Einwohner und der regionaleren Basis hergestellt. Ökologische Fehlschlüsse (Diekmann 2007) werden reduziert. Untersuchungen auf regionaler Ebene zu Corona-bezogenen Effekten blieben bisher durchgängig auf die Kreisebene beschränkt.

Die abhängige Variable bilden die stationären und nicht-stationären Protestkundgebungen in den Städten und Gemeinden (bzw. Kreisen) von Sachsen. Protest wird hierbei in Übereinstimmung mit der Literatur zu Protesten und sozialen Bewegungen verstanden als ein „öffentlicher Widerspruch, den ein kollektiver, nichtstaatlicher Akteur organisiert, um eine politische Botschaft zu senden“ (Teune 2024). Der Protest Einzelner fällt damit aus diesem Spektrum heraus – nicht aber der, wenn es sich um mehrere Personen handelt, mag auch deren Zahl klein sein. Die Daten, auf die zurückgegriffen wird, und die auf Unterlagen der Ordnungsbehörden zurückgehen, entsprechen diesen Kriterien der Protestdefinition. Sie umfassen auch Proteste, bei denen nur wenige wenigen Menschen anwesend sind. Und sie schließen Proteste mit ein, von denen die Ordnungsbehörden erst nachträglich erfuhren.

Die empirische Grundlage für die Erfassung des Protestgeschehens bilden zwei Datenquellen. Die eine umfasst die Zeit zwischen März 2020 und August 2021 und beinhaltet chronologisch geordnet die Orte, an denen in dieser Zeit Proteste gegen Corona-Maßnahmen stattfanden. Die Angaben beruhen auf einer nachträglichen Auszählung und Aufbereitung von Aufzeichnungen der Polizei auf eine Anfrage der LINKS-Fraktion im sächsischen Landtag (Sächsisches Staatsministerium des Innern

2021). Die zeitliche Begrenzung der Erfassung ergibt sich aus den Vorgaben des Auftrags. Codiert wurde die Zahl der Tage mit Protestkundgebungen pro Ort.[7]

Die zweite Datenquelle, die zur Beschreibung und Analyse verwendet wird, umfasst Angaben zu den Orten und den geschätzten Teilnehmerzahlen in Zeiten der Hochphase des Protests im Januar 2022. Um tages- und erhebungsbedingte idiosynkratrische Effekte zu vermeiden und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich aufgrund des massiven Anstiegs der Teilnehmerzahlen in dieser Zeit die Zusammensetzung der Teilnehmer verändern könnte, wurden mehrere Tage im zeitlichen Abstand voneinander ausgewählt. Gewählt wurden jeweils Montage – Tage, an denen üblicherweise die wöchentlichen Corona-Kundgebungen in Sachsen stattfanden (10.01., 17.01. und 24.01.2022). Die Angaben beruhen auf Auskünften der Polizeipressestellen („Stabsstellen für Kommunikation") der jeweiligen Polizeidirektionen, ermittelt auf eine Anfrage des Verfassers hin.

Durch den Zugriff auf die Polizeipressestellen ist ein direkterer Zugang zu den Ereignissen und Daten gegeben als beim Rückgriff auf die Berichte in den Medien, die sich zwar ihrerseits auf die Berichte der Polizei stützen, aber in gewissem Umfang Filterungsprozessen unterworfen sind. Proteste mit geringer Teilnehmerzahl sind unterrepräsentiert, und selbst größeren Protesten kann dies widerfahren, wenn ihr Thema in der Öffentlichkeit an Bedeutung verloren hat (vgl. u. a. Earl et al. 2004; Briggs 2018). Die Angaben zu den Teilnehmerzahlen beruhen auf Schätzungen der bei den Protesten eingesetzten Polizeibeamten. Deren Angaben bilden naturgemäß mehr oder minder grobe Näherungswerte ab (vgl. Berger et al. 2016). Da sie sich auf unterschiedliche Orte beziehen und auf Schätzungen von unterschiedlichen Beamten beruhen, dürften die Messfehler je nach Ort und Zeitpunkt etwas differieren. Von einer systematischen Verzerrung zugunsten eines Effekts spezifischer unabhängiger Variablen ist jedoch nicht auszugehen.

Zur Bestimmung des lokalen politischen Milieus ziehen wir den AfD-Wähleranteil sowie die Höhe der Wahlbeteiligung in der Bundestagswahl 2021 heran. Der AfD-Wähleranteil spiegelt die lokale Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen wider, welche die Wahl der AfD begünstigen: Je weiter verbreitet rechtspopulistische Einstellungen auf der Kreisebene sind, desto höher ist der AfD-Wähleranteil (Best et al. 2019; Reuband 2019; Rees et al. 2021). Dass sich der lokale AfD-Wähleranteil auf eine überproportionale Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen gründet (und nicht als ein rein instrumenteller Protest zu verstehen ist), zeigt sich ebenfalls in den längerfristigen lokalen Kontinuitäten rechtspopulistischen und rechtsextremen Wahlverhaltens (bei denen sich die jeweiligen zur Wahl stehenden rechtsextremen Parteien im Zeitverlauf abwechselten, vgl. Kölzer et al. 2025). Angesichts dessen kann man den lokalen Anteil der AfD-Wähler auch als Anzeichen für lokale AfD-Affinitäten werten, die sich in den Wahlen in einer überproportionalen Stimmenzahl für die AfD ausdrücken, sich aber nicht allein auf die AfD-Wähler beschränken.

[7] In der veröffentlichten Zusammenstellung der Kundgebungen wurden z. T. mehrere Kundgebungen am gleichen Tag und Ort aufgelistet. Mitunter waren für sie unterschiedliche Tageszeiten angegeben. Mitunter wurde auch eine Veranstaltung unter gleichem (oder ähnlichen) Titel und gleicher Zeit doppelt am Tag aufgelistet. Angesichts der Unklarheiten wurde entschieden, die Zahl der Tage mit einer Kundgebung und nicht die Zahl der Kundgebungen als Messinstrument für die Häufigkeit von Protestkundgebungen innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens zu verwenden (Reuband 2022b).

Ergänzend zum AfD-Wähleranteil und der Wahlbeteiligung gehen Angaben zur lokalen Historie rechtspopulistischen Protests in die Analyse ein, gemessen an der Zahl der Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten in den Jahren 2015 und 2016 (entnommen „Mut gegen rechte Gewalt“ 2024; dazu vgl. auch Reuband 2025a). Die Proteste gegen Migranten kann man verstehen als ein Indikator für die lokale Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen und die Bereitschaft, diese in Protesthandlungen umzusetzen. Auch wenn die Demonstranten nicht komplett identisch seien – so die Ansicht mancher Autoren –, gebe es doch eine große Schnittmenge zwischen den Demonstranten in der Zeit der Migrationskrise und denen der Corona-Zeit. Es handele sich um die Mobilisierung „eines autoritär eingestellten Milieus mit starken Anti-Establishment Ressentiments, denen unterschiedlich austauschbare ideologische Untertöne beigemischt sind“ (Bergrich 2022, S. 9).

Im Fall der Corona-Inzidenzen – die in Bezug zu den Protesten vom Januar 2022 verwendet werden – bilden die Inzidenzen auf Kreisebene am Tag des Protests die Grundlage. Weil diese sich auf einen breiteren Zeitraum beziehen (die letzten 7 Tage), dürften sie das in dieser Zeit verbreitete Muster der Corona-Inzidenz relativ gut widerspiegeln. Die Strenge der staatlichen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie seit Anfang der Corona-Krise unternommen wurden, wird gemessen über einen Index, der sich – in Anlehnung an den „Oxford COVID-19 Gouvernement Response Tracker“ (Hale et al. 2021) – auf 19 verschiedene Subdimensionen stützt, die von Distanzbeschränkungen über Maskentragen bis zum Lockdown reichen. Der Index, der für Deutschland durch infas auf Kreisebene zur Verfügung steht (infas360 2022), wird hier in Bezug auf den Zeitraum von Anfang der Corona-Pandemie bis zum 21. Dezember 2021 – also bis kurz vor Einsetzen der großen Protestwelle im Januar 2022 – verwendet. Er spiegelt die Historie der lokalen Maßnahmen wider.

Als Indikatoren für soziale Rahmenbedingungen und zugleich als Kontrollvariablen dienen die Ortsgröße (Einwohnerzahl) sowie die amtliche Funktion des Ortes als „zentraler Ort“. Zentrale Orte haben eine überlokale Zentrumsfunktion in einem Landkreis dadurch inne, dass sie sie grundlegende Infrastruktur verwaltungstechnischer, wirtschaftlicher und sonstiger Art bieten. Sie dürften in überproportionalem Maße für Personen aus den Umgebung des Protestgeschehens ein Ort der Vertrautheit sein, der des Öfteren aufgesucht wird. Ortsgröße und Funktion als zentraler Ort nehmen üblicherweise Einfluss auf das Vorkommen von Protestkundgebungen unterschiedlicher Provenienz. Je größer der Ort und je zentraler die Funktion des Orts, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es wiederholt zu Protestkundgebungen kommt (Reuband 2025a).

4 Verbreitung von Protest und Zahl der Teilnehmer

4.1 Die Entwicklung des Protests gegen die Corona-Maßnahmen

Proteste gegen die Corona-Maßnahmen setzten im März/April 2020 ein, kurz nachdem Corona auf die Bildfläche der Öffentlichkeit getreten war und erste einschränkende Maßnehmen erlassen worden waren, die das Alltagsleben der Bürger beein-

trächtigten. Wer in den jeweiligen Kommunen zu diesen Protesten aufrief und wie die Mobilisierung stattfand, ist unbekannt, Fallstudien dazu fehlen. Die wenigen verfügbaren Informationen lassen vermuten, dass sich die Herausbildung der Protestpraxis in einem nennenswerten Umfang aus dem Ort heraus vollzog, an dem die Proteste erstmals stattfanden. Die anfangs geringe Teilnehmerzahl selbst in Zeiten, in denen strenge Kontaktbeschränkungen nicht mehr galten (Reuband 2025b), legt dies u. a. nahe. Es dürfte sich bei den Teilnehmern des Protests primär um Personen gehandelt haben, die am Ort direkt oder indirekt über soziale Netzwerkbeziehungen in Kontakt miteinander standen, und in Kombination mit Facebook oder anderen digitalen Medien für die Kundgebung mobilisierten (vgl. auch Grunert und Lang 2022, S. 15f.). Eine zentrale Organisation oder Koordination, die zu gemeinsamen Protest an unterschiedlichen Orten aufrief, gab es – von vereinzelten Ausnahmen abgesehen[8] – selbst im weiteren Verlauf der Corona-Welle offenbar nicht.

Sachsen dürfte sich in dieser Hinsicht nicht grundlegend von anderen Landesteilen in Deutschland unterschieden haben. Dies legen nicht nur die Berichte aus Thüringen (Koch et al. 2022, S. 31) und Brandenburg (Schulze et al. 2022, S. 3), sondern ebenso aus anderen Orten in Deutschland nahe: Die Corona-Kundgebungen wurden nicht, wie viele andere Proteste, habituell von miteinander vernetzten und dauerhaft politischen Akteuren ins Leben gerufen, sondern „folgten eher einem lose organisierten Copycat-Modell. Der Rahmen wird durch eine gemeinsame Deutung und dieselbe Protestform und -zeit vorgegeben“. Ansonsten blieben die Akteure „unverbunden, und auch die Deutungsmuster geben keinen starren Rahmen, sondern ein breit anschlussfähiges Gerüst vor“ (Teune 2020, S. 113). Wechselseitiger Informationsaustausch und Verlinkung von Webseiten über kommende Kundgebungen ersetzen eine zentrale Organisation.

Im Jahr 2020 setzten in 25 % der sächsischen Städte und Gemeinden Proteste gegen die Corona-Maßnahmen ein, im Jahr 2021 kam es in weiteren 9 % der Kommunen erstmals zu Protesten. Womöglich liegt der reale Wert noch etwas höher. Denn die Zahlen, die für 2021 zur Verfügung stehen, umfassen nur den Zeitraum vom Januar bis einschl. August. Würde man für die Zeit zwischen September und Dezember die gleichen Wahrscheinlichkeiten auf Monatsbasis wie im Vorjahr unterstellen, würde sich der geschätzte Anteil neuer Kommunen auf rund 13 % belaufen. Diesen Wert kann man allerdings, wenn es um aktiven Protest geht, nicht ohne Weiteres zu dem Anteil von 2020 dazu addieren. Denn nicht alle Orte mit Protest im Jahr 2020 gehörten noch 2021 dazu. In manchen hatte sich der Protest auf eine einmalige oder einige wenige Kundgebungen beschränkt. Andere hingegen blieben weiterhin

[8] Es gibt nur wenige Ausnahmen: Zeiten, in denen an unterschiedlichen Orten Kundgebungen zu Corona abgehalten wurden und die AfD als Anmelder genannt wurde. Diese Zeiten liegen jedoch in der Regel nach dem Beginn der ersten Proteste. Zwar waren die „Freien Sachsen“ (die sich später zu einer Partei formierten) in späterer Zeit dabei, die Proteste durch öffentliche Präsenz mit Fahnen und Hinweisen im Internet für sich zu reklamieren (vgl. Bergrich 2022), doch dürfte dies eher einen symbolischen als realen Charakter gehabt haben. Durch die Auflistung von geplanten Kundgebungen auf den Webseiten dürfte allerdings von ihnen eine erhöhte Sichtbarkeit geplanter Proteste unterschiedlicher Akteure und Gruppen geschaffen worden sein, was die Teilnahme an Protesten erleichterte.

Orte des Protests. Zusammen genommen ergibt sich trotz Zuwachs gleichwohl das Bild eines sinkenden lokalen Protestgeschehens.[9]

Für das Jahr 2022 – genauer gesagt für die drei Wochen des Januar 2022 – kommt man für den aktiven Protest auf kommunaler Ebene auf einen Anteil von 32 %. Würde man nicht nur die drei Tage des Januars zugrunde liegen, sondern die anderen Tage des Monats mitberücksichtigen, läge der Wert vermutlich noch etwas höher. Doch wie immer diese Zahlen realiter aussehen mögen – die verfügbaren Angaben legen nahe, dass der Rückgang des Vorjahres im Jahr 2022 wieder aufgehoben ist. Welche Gründe für den (eher leichten) Rückgang der Orte mit Protest im Jahr 202 verantwortlich waren – äußere Beschränkungen des Protests, reduzierte Protestbereitschaft oder anderes – muss dabei hier offenbleiben. Zusammen gefasst beläuft sich der Anteil der Kommunen mit Protesten seit Beginn der Corona-Krise – der Zeit zwischen März 2020 und Januar 2022 – auf mindestens 45 %. Das ist, auch gemessen an Kundgebungen in Sachsen zu anderen Themen (Reuband 2025a), eine bemerkenswert hohe Zahl.

Sowohl Kontinuitäten als auch Diskontinuitäten kennzeichnen den Protest gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen in der Zeit der Corona-Krise. Kontinuitäten stellten sich am ehesten dort ein, wo es zu mehreren Protesten gekommen war, sich eine gewisse Tradition des Protests herausgebildet hatte. Und Diskontinuitäten stellten sich ein, wo sich die Proteste auf einige wenige Male beschränkten. Nicht immer bedeutet dies eine Beendigung des Protests für immer. In manchen Fällen wurde der Protest später wiederaufgenommen. Die Historie der Proteste vom Januar 2022 ist dafür ein Beispiel: in 34 % der Kommunen, in denen es zu diesem Zeitpunkt zu Protesten kam, hatte es zuvor keine Proteste gegeben, und in 42 % der Fälle lag der letzte Protest im Jahr 2020, war zwischenzeitlich also unterbrochen worden. In 11 % der Fälle hatte es erstmals im Vorjahr – also 2021– Proteste gegeben, und in 12 % der Fälle sowohl 2020 als auch 2021. In den beiden letzteren Fällen stellten die Proteste von 2022 also eine Fortsetzung der bisherigen Praxis dar (wobei offen ist, wie regelmäßig und über wie viele Monate es in den Vorjahren Proteste gegeben hatte).

Die Restriktionen, welche seitens der Ordnungsbehörden den Kundgebungen auferlegt wurden, variierten im Verlauf der Corona-Krise. Wie viele Personen das Recht hätten, sich unter welchen Bedingungen zu versammeln, war in den Sächsischen Corona-Schutzverordnungen niedergelegt worden. Danach bestimmten die Corona-Inzidenzen die Grenzwerte, in späterer Zeit diese zusammen auch mit der Belastung der Normal- und Intensivstationen der Krankenhäuser durch Corona-Fälle. Bei Erreichen der „Vorwarnstufe“ waren maximal 1000 Kundgebungsteilnehmer erlaubt, bei Erreichen der „Überlaststufe“ waren es maximal 10 Personen.

Im November und Anfang Dezember 2021 waren die Corona-Infektionen in Sachsen so stark angestiegen, dass es nur noch maximal 10 Personen erlaubt war, sich stationär an einem Ort zu versammeln. Dessen ungeachtet fanden Proteste statt, im Gewand nichtstationärer „Spaziergänge“, ohne das Tragen von Plakaten oder Em-

[9] Für das Jahr 2021 kommt man auf geschätzte rund 13 % neuer Kommunen mit Protest. Addiert man die Zahl derer, welche erstmals im Jahr Proteste hatten und auch 2021 wieder dabei sind, kommt man auf einen Wert von ca. 29 %.

blemen, und mit beträchtlich hoher Teilnehmerzahl. In Freiberg z. B. gingen am 30.11.2021 rund 700 Menschen auf die Straße (ZEIT-Online 2021), und in Bautzen am 28.12.2021 rund 500 Menschen. Angesichts der hohen Teilnehmerzahlen verzichtete die Polizei oftmals auf eine Intervention. In manchen Fällen aber intervenierte sie und nahm Personenfeststellungen vor, was mitunter mit Eskalationsprozessen einherging (vgl. z. B. Lausitzer Rundschau 2021). Ein Ende hatten die restriktiven Vorgaben erst Mitte Januar 2022, als aufgrund der verbesserten Corona-Lage die Zahl der zulässigen Teilnehmer auf Kundgebungen auf 200 hochgestuft wurde, gefolgt von einer weiteren Hochstufung im Februar auf 5000.

4.2 Politische und soziale Einflüsse auf das Vorkommen von Protest

Welchen Stellenwert hatten die politischen Orientierungen für die Verbreitung von Protest? Wenn die AfD-Affinität der Bürger des jeweiligen Protestortes einen Einfluss auf die Genese der Kundgebungen hat, dann müsste dies dazu führen, dass es umso eher zum Protest gegen die Corona-Maßnahmen kam, je größer der AfD-Wähleranteil am Ort war. Natürlich handelt es sich um keine Zwangsläufigkeit: Es bedarf Personen, welche die Initiative ergreifen und zum Protest – und sei es nur in ihrem eigenen Netzwerk – aufrufen. Und es bedarf, je nach Umfang und Art des geplanten Protests, ggf. materieller und immaterieller Ressourcen. Je größer der Anteil der AfD-Wähler am Ort ist, desto größer dürfte die Wahrscheinlichkeit sein, dass es dort Menschen gibt, die an den Corona-Maßnahmen Anstoß nehmen und – womöglich motiviert durch das Vorkommen von Protest an anderen Orten und daran orientiert – zu der Ansicht kommen, man müsse die Missbilligung der Corona-Maßnahmen öffentlich in Form von Protesten kundtun. Ob es bei einem einmaligen Protest bleibt oder nicht, ist für unsere Fragestellung dabei zunächst irrelevant. Was interessiert, ist ob es überhaupt jemals zu einer Kundgebung kam, welche die Corona-Maßnahmen zum Thema machten.

Die Kommunen, in denen 2020 oder 2021 erstmals die Proteste einsetzten, müssten die Verhältnisse und Einflussfaktoren, die den Protest begünstigten, widerspiegeln. Die Kommunen, die mit der Erhebung von 2022 in den Blick kommen, stellen hingegen ein Kompositum unterschiedlicher zeitlicher Einstiege in den Protest dar. Sie bestehen sowohl aus Kommunen, die sich 2020 und/oder 2021 erstmals dem Protest zuwandten als auch denen, bei denen dies erstmals 2022 geschah. Indem man die Daten zu den Protestgeschehen der Erhebung von 2020/21 mit denen der Erhebung von 2022 verknüpft, kann man für die Kommen, die in der Erhebung von 2022 vertreten sind, ihre Historie des Corona-Protests bestimmen.[10] Man kann ermitteln, welche von ihnen eine ununterbrochene oder eine unterbrochene Historie des Protests aufweisen, und welche erst im Jahr 2022 zu den Protesten dazu stießen.

Rechnet man die Korrelationen zwischen dem AfD-Wähleranteil und dem Protestvorkommen in der Kommune (Tab. 1), so ergibt sich für das Jahr 2020 eine Korrelation von $r = -0{,}15$ ($p < 0{,}01$), 2021 von $r = -0{,}06$ (n. s.) und für 2022 von $r =$

[10] Diese Rekonstruktion der Historie muss gewisse Ungenauigkeiten insofern in Kauf nahmen, da – wie zuvor erwähnt – eine Datenlücke für die Zeit September bis Dezember 2021 besteht. Alles in allem halten wir diese Messungenauigkeit angesichts der Größenverhältnisse jedoch nicht für ein Problem.

Tab. 1 Korrelation zwischen dem Vorkommen von Protest gegen die Corona-Maßnahmen und ausgewählten Variablen nach Jahr – ohne und mit Kontrolle von Ortsgröße und Zentraler Ort als Drittvariable (Pearson r)

	Ohne Kontrolle Ortsgröße/Zentraler Ort			Mit Kontrolle Ortsgröße/Zentraler Ort		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022
AfD-Wahl	–0,15***	–0,06**	–0,30**	0,00	–0,08	–0,20***
Wahlbeteiligung	–0,08	–0,00	–0,04	–0,01	–0,02	0,03
Anti-Asyl-Protest	0,26***	–0,02***	0,24***	–0,06	0,00	0,08
Ortsgröße	0,25**	–0,03**	0,22**	–	–	–
Zentraler Ort	0,53***	–0,07***	0,46***	–	–	–

– nicht enthalten, da Kontrollvariable
*$p < 0{,}05$, ** $p < 0{,}01$, ***$p < 0{,}001$
2020, 2021: Jahr des ersten Protests; *2022*: Jahr des Protests
Variablen für Vorkommen von Protest: dichotom (nein/ja)
AfD-Wahl: AfD-Zweitstimmenanteil in der Bundestagswahl 2021; *Anti-Asyl-Protest*: Zahl der Anti-Asyl-Proteste 2015/16; *Ortsgröße*: Einwohnerzahl; *Zentraler Ort:* Ober-, Mittelzentrum vs. sonstige
Basis: Kreisfreie Städte und Gemeinden in Sachsen ($N = 419$)

–0,30 ($p < 0{,}001$). Danach kam es paradoxerweise zum Corona-Protest in der Mehrzahl der Zeiträume überproportional in Orten mit geringem statt mit hohem AfD-Wähleranteil. Da die Ortsgröße jedoch sowohl mit dem AfD-Wähleranteil als auch dem Vorkommen von Corona-Protest korreliert – je größer der Ort, desto geringer der AfD-Wähleranteil und desto häufiger sind Corona-Proteste –, ist zur Vermeidung von Scheinkorrelationen eine Kontrolle der Ortsgröße angeraten, ergänzt durch eine Kontrolle der Funktion des Ortes als „zentraler Ort" (mit überlokaler Bedeutung innerhalb des Landkreises). Die Berechnung der partiellen Korrelation löst den Zusammenhang von 2020 und 2021 daraufhin vollständig auf (r = 0,00 bzw. r = –0,08). Nur für 2022 bleibt er in reduzierter Form (r = –0,20) auf statistisch signifikantem Niveau erhalten.[11]

Nun stellten die Daten für 2022 einen Sonderfall dar, spiegelt sich doch in ihnen eine heterogene Historie des Protests wider. Während es sich bei den Protesten der Jahre 2020 und 2021 in unserer Untersuchung um die Jahre handelt, in denen es erstmals zum Protest gegen die Corona-Maßnahmen kam, stellt sich die Protestsituation von 2022 in ihrer Historie als eine Kombination unterschiedlicher Einstiegsjahre in den Protest dar. Um zu klären, inwieweit der Gesamteffekt von 2022 auf die Effekte einzelner Einstiegsjahre zurückgeht, prüfen wir in einem weiteren Schritt den Zusammenhang getrennt nach Jahr des ersten Protests unter Kontrolle von Ortsgröße und Funktion des Ortes als „zentraler Ort".

Die Analyse erbringt, dass der paradoxe Effekt der AfD-Wahl ausschließlich auf die Kommunen mit einer unterbrochenen Protesthistorie zurückzuführen ist. Es sind

[11] Gerechnet wurde die Korrelation für das Jahr 2021 zwischen dem Vorkommen von Protest im Jahr 2021 und den Kommunen, in denen es bislang keine oder lediglich im Jahr zuvor Proteste gegeben hatten. Klammert man die Kommunen aus, in denen bereits 2020 erstmals Proteste stattfanden, – bezieht sich also nur auf die Orte ohne vorherigen Protest –, so ändert sich nichts an den Befunden. Die Korrelation liegt dann bei r = 0,02, ist nach wie vor nicht signifikant. Keine nennenswerten Änderungen ergeben sich bei einer ähnlichen Vorgehensweise im Fall der Wahlbeteiligung als unabhängige Variable.

diejenigen, in denen es erstmals im Jahr 2020 zu Protesten kam und die Proteste nach einer Pause dann erst wieder im Jahr 2022 aufgenommen wurden.[12] Womöglich spiegelt sich diese unterbrochene Protesthistorie in dem negativen Zusammenhang wider: als eine Konstellation auf kommunaler Ebene, die gegenüber der AfD Distanz hält und deshalb Corona-bezogene Proteste nur begrenzt begünstigt, aber sich in der Phase drohender Impfzwänge bestehenden politischen Dispositionen zum Trotz dem Protest erneut anschließt. Es würde sich um eine Art Ambivalenz politischer Orientierungen auf kollektiver Ebene handeln, bei der je nach äußeren Umständen die Protestneigung in Handeln umgesetzt wird oder nicht.

Doch welche Gründe auch für das paradoxe Phänomen im Einzelnen verantwortlich sein mögen – entscheidend ist an dieser Stelle, dass in der Mehrzahl der Kommunen kein Zusammenhang mit dem AfD-Wähleranteil besteht. Inwiefern dies bedeutet, dass der AfD-Wähleranteil keinen Effekt auf den Protest ausübt oder dies seine Ursache darin hat, dass der Ort des Protests nicht notwendigerweise mit dem Wohnsitz der Protestierenden identisch ist und der regionale Bezug daher breiter gefasst werden muss, um Effekte zu ermitteln zu können, muss an dieser Stelle (vorerst) offenbleiben. Dass sich die Teilnehmer nicht auf Einwohner des Protestortes beschränken, ist wahrscheinlich, hinsichtlich ihres Umfangs – ob es sich um eine Mehrheit oder Minderheit handelt – stellt dies jedoch eine offene Frage dar.[13]

Was die Anti-Asyl-Proteste angeht, die zunächst ohne Kontrolle von Bevölkerungsgröße und Funktion des Ortes als „zentraler Ort“ positive Zusammenhänge in der Analyse erbrachten (je mehr Anti-Asyl-Proteste desto eher Corona Proteste), so lösen sich diese – wie man ebenfalls Tab. 1 entnehmen kann – bei Kontrolle des Ortbezugs auf. Keinen Effekt übt die Höhe der Wahlbeteiligung aus. Ortsgröße und Funktion des zentralen Ortes erweisen sich demgegenüber als bedeutsam – wobei auffällig ist, dass 2021 der Effekt schwächer ist als 2020 und 2022. Darin schlägt sich nieder, dass es im Jahr 2020 zunächst die größeren Städte waren, in denen es zu Protesten kam, und dass ihnen im Jahr 2021 zeitversetzt die kleineren und mittelgroßen Städte folgten (Reuband 2025b). Dass sich ein ähnlicher Einbruch in der Korrelationsstärke bei der Funktion der Kommunen als „zentraler Ort“ ereignete, legt nahe, dass 2021 auch die kleineren und mittelgroßen Städte und Gemeinden ohne zentraler Funktion der Entwicklung in den größeren Städten folgten und es hier erst jetzt zu ersten Protestereignissen kam.

Und wie verhält es sich mit den Effekten der Corona-Inzidenzen und der Strenge bisherigen Maßnahmen? Dieser Frage können wir für die drei Tage des Januar 2022 nachgehen. Dann zeigt sich: Egal, ob man die Werte für die drei Tage in einen Gesamtwert zusammenfasst oder sie einzeln rechnet: Die Analyse erbringt keine Effekte, auch nicht bei Kontrolle von Ortsgroße und Funktion des Ortes als

[12] Die partielle Korrelation liegt bei r = –0,33, $p < 0,01$ ($N = 79$). Für 2020 und 2021 als Jahr vorherigen Protests liegen die Korrelationen zwischen r = –0,03 und r = –0,05 (n. s.). Bei denen, wo seit 2020 ununterbrochen protestiert wurde ($N = 16$), liegt sie mit r = 0,07 ($p < 0,10$) sogar schwach positiv. Die Fallzahl ist in diesem Fall freilich ziemlich gering, so dass man diesen Befund mit Vorsicht werten muss.

[13] Befunde liegen lediglich für thematisch andere Proteste in Sachsen vor. Unter den Teilnehmern der PEGIDA-Kundgebungen in Dresden kam ungefähr die Hälfte der Teilnehmer von auswärts. Bei größeren Teilnehmerzahlen auf den Kundgebungen lag ihr Anteil höher (Reuband 2022c).

„zentraler Ort".[14] Und sie lassen sich ebenfalls nicht bei einer Differenzierung nach der Protesthistorie nachweisen. Die Orte, in denen es erstmals 2022 zu Protest kam, unterscheiden sich nicht von den Orten, in denen es bereits früher Proteste gegeben hatte.

4.3 Zahl der Teilnehmer an den Protesten

Zur Jahreswende 2021/22 steigerten sich die Corona-Proteste in Deutschland. Mit ihnen ging eine gestiegene Aufgeschlossenheit für Proteste in der Bevölkerung einher. Im November 2020 äußerten 17 % der 30-59-jährigen ein Verständnis für die Proteste, im Januar 2022 war der Anteil auf 26 % gestiegen. Gestiegen war parallel dazu der Anteil, der sich vorstellen konnte, an den Protesten teilzunehmen: von 6 % auf 12 %. Der Anteil derer, die schon mal protestiert hatten, blieb demgegenüber weiterhin auf niedrigem Niveau. 1 % gaben im November 2020 an, es schon mal getan zu haben, im Januar 2022 waren es 3 % (Institut für Demoskopie 2022a). In absoluten Zahlen gerechnet bedeutet dies gleichwohl einen massiven Anstieg.

Die Vervielfachung der Protestbereitschaft und des Protesthandelns spiegelt sich auch in den Entwicklungen Sachsens wider. Die Zahl der Proteste beschleunigte sich Ende 2021, die Zahl der Orte mit Protest und ebenso die Teilnehmerzahlen an den Kundgebungen stiegen an. Sie übertrafen bei weitem die Zahlen, die zu Beginn der Proteste gegolten hatten. Und sie betrafen kleinere ebenso wie größere Orte. Besonders in der Hochphase des Protests im Januar 2022 entwickelte sich eine Dynamik, welche die Zahlen in kurzer Zeit in die Höhe trieb. In Löbau z. B., einem Ort mit 14.000 Einwohnern, hatten sich zu der ersten Kundgebung im Jahr 2020 den Angaben der Polizei zufolge 47 Personen versammelt. Rund eineinhalb Jahre später am 10.01.2022 waren es 900, zwei Wochen später wurde die Zahl auf mehr als 1300 geschätzt. In Radebeul, einem Ort mit rund 34.000 Einwohnern waren es beim ersten Mal 30 Personen, am 17.01.2022 1100 und zwei Wochen später gar um die 3000. Innerhalb wenigen Wochen des Januar 2022 stieg die Teilnehmerzahlen in Sachsen um nahezu das Doppelte.[15]

Welche Einflussfaktoren wirken auf die Teilnehmerzahlen in den Protesten vom Januar 2022 ein? Man könnte ähnliche Effekte erwarten, wie sie zuvor im Hinblick auf das Protestvorkommen postuliert wurden. Wenngleich sich die Annahmen im Hinblick auf das Vorkommen von Protest teilweise nicht bewährten – aus welchen Gründen auch immer –, ist es doch denkbar, dass sie die Höhe der Teilnehmerzahlen zu erklären vermögen. Zudem könnte man erwarten, dass zusätzlich die Historie des Protests gegen die Corona-Maßnahmen auswirkt: dass je länger es bereits in früheren Zeiten am Ort Proteste gab, desto mehr Menschen im Lauf der Zeit zum

[14] Bei Berechnung auf der Ebene der einzelnen Tage liegt die Korrelation mit den Inzidenzen zwischen r = –0,02 und r = 0,07 (n. s.) und mit der Strenge der Maßnahmen zwischen r = 0,04 und r = 0,07 (n. s.).

[15] Am 10.01. lag die Zahl der Teilnehmer, gemessen am Median, bei 143, am 17.01. bei 150, am 27.01. bei 243. Gemessen am arithmetischen Mittel beliefen sich die Zahlen in der gleichen Folge auf 242–292–419 Teilnehmer. In den größeren Städten umfassten die Kundgebungen naturgemäß von Anfang an höhere Teilnehmerzahlen und entsprechende Steigerungen. In Görlitz z. B. (einer Stadt mit 57.000 Einwohnern) stieg die Zahl vom 10.01.2022 zum 24.01.2022 von 600 auf 1800, in Bautzen (einer Stadt mit 38.000 Einwohnern) gar von 600 auf 2200.

Tab. 2 Korrelation zwischen der Teilnehmerzahl an den Corona-Protesten und ausgewählten Variablen nach Tag des Protests – ohne und mit Kontrolle von Ortsgröße und Funktion als zentraler Ort; Januar 2022 (Pearson r)

	Ohne Kontrolle Ortsgröße/Zentraler Ort			Mit Kontrolle Ortsgröße/Zentraler Ort		
	10.01.2022	17.1.2022	24.01.2022	10.01.2022	17.01.2022	24.01.2022
AfD-Wahl	–0,21***	–0,25**	–0,25**	0,15	0,08	0,03
Wahlbeteiligung	–0,15	–0,18*	–0,14	0,01	0,02	0,01
Anti-Asyl-Protest	0,39***	0,37***	0,40***	–0,01	0,03	0,09
Proteste 2020/21	0,53***	0,56***	0,51***	0,04	0,19*	0,14
Corona-Inzidenz	0,24*	0,26**	0,15	0,16	0,11	–0,09
Maßnahme-Index	–0,08	–0,09	–0,07	0,05	0,03	0,04
Ortsgröße	0,59***	0,53***	0,51***	–	–	–
Zentraler Ort	0,44***	0,47***	0,41***	–	–	–

– nicht enthalten, da Kontrollvariable
Basis: Zahl der Städte und Gemeinden mit Protesten. 10.01: $N = 116$; 17.01: $N = 124$; 24.01: $N = 123$
Variablen wie Tab. 1 sowie *Proteste 2020/21*: Zahl der Tage mit Protest gegen Corona-Maßnahmen im März 2020 bis August 2021; *Corona-Inzidenz*: Inzidenz auf der Ebene kreisfreier Städte und Landkreise (7-Tage-Inzidenz); *Maßnahmen-Index*: Strenge der Maßnahmen auf der Ebene kreisfreier Städte und Landkreise
*$p < 0{,}05$, ** $p < 0{,}01$, ***$p < 0{,}001$

Protestpotential gestoßen sind. Zwar kann es theoretisch gesehen geschehen, dass sich immer wieder die gleichen Personen zu den Kundgebungen einfinden. Doch über einen längeren Zeitraum gerechnet ist es wahrscheinlicher, dass sich der Kreis an Personen, die schon mal an den Kundgebungen teilgenommen hat, sukzessiv erweitert und für neue Proteste prinzipiell mobilisierbar ist.

Wie man Tab. 2 entnehmen kann, ergibt sich – zunächst betrachtet ohne Kontrolle von Ortsgröße und Funktion des Ortes als „zentraler Ort" gerechnet – die stärkste Korrelation zwischen der Teilnehmerzahl und der Ortsgröße sowie mit der Funktion des Ortes als „zentraler Ort". Orte mit großer Einwohnerzahl und solche, die als Ober- oder Mittelzentrum gelten, weisen die höchsten Teilnehmerzahlen auf. Dies ist an sich nicht verwunderlich, denn man kann hier auf ein großes Reservoir an Personen zurückgreifen, das für Proteste mobilisierbar ist. Des Weiteren fällt auf den ersten Blick auf: der AfD-Wähleranteil korreliert negativ, Anti-Asyl-Proteste positiv, und positiv ist ebenfalls der Zusammenhang mit den Corona-Inzidenzen und der Zahl vorheriger Corona-Proteste (Proteste 2020/21). Der Maßnahme-Index, der die Strenge bisheriger Maßnahmen abbildet, weist keinen Effekt auf.

Die Effekte, welche statistische Signifikanz erreichen, verflüchtigen sich freilich weitgehend, sobald man die Ortsgröße und die Zentrumsfunktion als Kontrollvariablen einführt. Dann zeigt sich ein nennenswerter und statistisch signifikanter Effekt im Fall der Corona-Inzidenz lediglich noch am 10.01. und ein ebenfalls statistisch signifikanter Effekt am 17.01 im Fall der Zahl vorheriger Proteste. Führt man die Variablen in eine OLS-Regressionsanalyse ein (Tab. 3), verbleibt – jenseits des Effekt von Ortsgröße und Zentrumsfunktion – lediglich ein Effekt der Anzahl an

Tab. 3 OLS-Regression ausgewählter Variablen auf die Zahl der Teilnehmer an der Protestveranstaltung am Ort nach Tag des Protests – Basis jeweils Orte mit Protestkundgebungen (beta-Koeffizienten); Januar 2022

	10.01.2022	17.01.2022	24.01.2022
AfD-Wahl	0,09	0,03	–0,01
Wahlbeteiligung	0,01	0,02	0,03
Anti-Asyl-Protest	–0,04	0,03	0,09
Ortsgröße	0,52***	0,20***	0,25***
Zentraler Ort	0,31***	0,30***	0,25**
Corona-Inzidenz	0,13	0,11	–0,06
Maßnahme-Index	0,05	0,03	0,01
Protest 2020/21	0,04	0,26*	0,19
R^2	0,45	0,42	0,35

*$p < 0{,}05$, ** $p < 0{,}01$***$p < 0{,}001$

Abhängige Variable: Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung; *Unabhängige Variablen*: wie Tab. 1 und 2

Basis: Orte mit Protest; Kreisfreie Städte und Gemeinden in Sachsen; *N* am 10.01.2022 = 116; 17.01.2022 = 124; 24.01.2022 = 123.

Protesttagen (Proteste 2020/21).[16] Was als über die Zeit bedeutsame und statistisch durchweg signifikante Größe verbleibt, sind einzig die Ortseffekte: die Ortsgröße und die Funktion des Ortes als „zentraler Ort".

4.4 Zusammenhang zwischen AfD-Wähleranteil und Protest auf der Kreisebene

Will man die politischen Affinitäten und das politische Milieu der Corona-Protestteilnehmer erfassen, macht es in Ermangelung von Umfragedaten Sinn, den AfD-Wähleranteil am Protestort als einen Ausgangspunkt heranzuziehen. Dabei muss oftmals – wie in unserem Fall – ungeklärt bleiben, in welchem Umfang sich die Teilnehmer aus dem Protestort selbst rekrutieren. Stellen sie die Mehrheit und ist der Protestort weitgehend mit dem Wohnort identisch, so sagt der lokale AfD-Wähleranteil etwas über den Stellenwert der AfD-Affinität für das Protestverhalten aus. Im anderen Fall ist die Situation weniger eindeutig. Unter diesen Umständen könnte eine Analyse auf Kreisebene eher Aussagen erlauben – zumindest über die politischen Milieus, die mit der Verbreitung von AfD-Affinitäten einhergehen. Durch die Erweiterung auf die Kreisebene kommen nämlich nicht nur die Herkunftsorte der Protestteilnehmer global mit in das Blickfeld, sondern ebenso die Aktionsräume der Einwohner und die Personen, mit denen sie dort zusammentreffen.

Interpersonale Kontakte sind gewöhnlich nicht auf den eigenen Wohnort beschränkt, sondern in gewissem Umfang regional gestreut und an manchen Orten zu sozialen Gruppierungen und größeren Netzwerken verdichtet. Verantwortlich dafür ist die Gelegenheitsstruktur für Kontakte. Sie ist vorgegeben durch den Arbeitsplatz

[16] Statistische Signifikanz lässt sich für den 17.01. ermitteln, am 24.01 wird sie nicht mehr erreicht. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass der Effekt nennenswert geschwächt ist. Legt man die unstandardisierten Regressionskoeffizienten zugrunde, liegt der Wert von 24.01 sogar leicht über dem von 17.01.

und die Orte, die zum Einkaufen, zur Freizeitgestaltung und der Inanspruchnahme sonstiger Dienstleistungen aufgesucht werden. In Sachsen lag im Jahr 2016 nur bei 57 % der Erwerbstätigen die Arbeitsstätte in der eigenen Wohngemeinde, 39 % pendelten in eine andere Gemeinde Sachsens, und 4 % fuhren in ein anderes Bundesland. Je kleiner der Ort, desto häufiger mussten längere Wege zurückgelegt werden (Statistisches Landesamt Sachsen 2016, S. 6). Nennenswert ebenfalls die Kontakte außerhalb des Arbeitsbereichs: In einer Passantenbefragung zum Thema Kaufverhalten in Weißwasser – einem Ort in der Oberlausitz mit rund 17.000 Einwohnern (einem Mittelzentrum) – gaben im Jahr 2017 lediglich 70 % der Befragten an, an diesem Ort zu wohnen. Die restlichen 30 %, die nicht dort lebten, kamen überwiegend aus den unmittelbaren Umland (Ribbeck und Notzon 2017, S. 13).

Wer in einem Landkreis lebt, in dem die AfD überproportional große Wahlerfolge aufweist, der wird – ungeachtet der Verhältnisse am eigenen Wohnort – in seinen Alltagskontakten überproportional auf Personen mit AfD-Parteipräferenz stoßen und ihrem Einfluss ausgesetzt sein. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die Personen nicht per Selbstselektion (wie bei Freundschaftsbeziehungen), sondern qua Gelegenheitsstruktur (wie am Arbeitsplatz) in Kontakt kommen. Der von den Kontakten ausgeübte Einfluss muss dabei nicht zwingend aus einer expliziten politischen Diskussion erwachsen, sondern – wie oft bei politischer Themen der Fall (Scheuch 1965, S. 188, 190) – eher aus einem Gesprächsverlauf, der sich auf Alltagsthemen bezieht und bei dem dabei auch Äußerungen mit politischen Bezügen anfallen.

Stellt man eine Analyse an auf der Ebene der 13 kreisfreien Städte und Landkreise in Sachsen – mit dem Anteil der AfD-Wähler[17] einerseits und der Zahl der Protestteilnehmer pro 100.000 Einwohner andererseits –, so kristallisiert sich, anders als bei der vorherigen Analyse auf der kommunalen Ebene, ein Zusammenhang zwischen der Teilnehmerzahl und der Verbreitung der AfD-Affinitäten heraus. Gleichgültig ob man den AfD-Wähleranteil bei der Europawahl 2019, der Landtagswahl 2019 oder der Bundestagswahl 2021 als Maßstab wählt: Ein höchst signifikanter Zusammenhang ist stets erkennbar. Und dies unabhängig von den Tagen des Protests, die in unsere Analyse eingingen. Wo der AfD-Wähleranteil groß ist, ist auch die Teilnehmerzahl an den Protesten überproportional hoch. Die entsprechenden Korrelationen mit dem AfD-Wähleranteil im Fall der Bundestagswahl 2021 liegen im Januar 2022 je nach Tag zwischen $r = 0{,}78$ und $r = 0{,}82$ ($p < 0{,}001$) (vgl. exemplarisch dazu die Abb. 1 für den 24.01.2022*)*.

Des Weiteren kann man bei Rückgriff auf regionalisierte Umfragedaten[18] feststellen (hier nicht dargestellt), dass sich über die AfD-Affinität hinaus die Kommunen im Einstellungsprofil ihrer Bewohner unterscheiden. Wo die Kritik an den staatlichen Corona-Maßnahmen überproportional verbreitet ist, nehmen überpropor-

[17] Der Anteil der AfD-Wähler in den kreisfreien Städten und Landkreisen variierte in der Bundestagswahl 2021 zwischen 13,3 % in der Stadt Leipzig und 32,5 % im Kreis Görlitz. Dass darüber hinaus ein AfD-Potenzial besteht, legen spätere Wahlergebnisse nahe: In der Bundestagswahl 2025 war der Anteil in der Stadt Leipzig auf 21,9 % gestiegen, im Kreis Görlitz auf 46,7 %.

[18] Die Umfrageergebnisse sind Vorländer et al. (2021) sowie dem kumulierten Datensatz des „Sachsen Monitors“ entnommen und auf der Ebene kreisfreier Städte und Landkreise partiell eingegangen in Analysen, die sich mit Corona-Inzidenzen, Impfquoten und Corona-Protest befassen (Reuband 2021b, 2022b, S. 71).

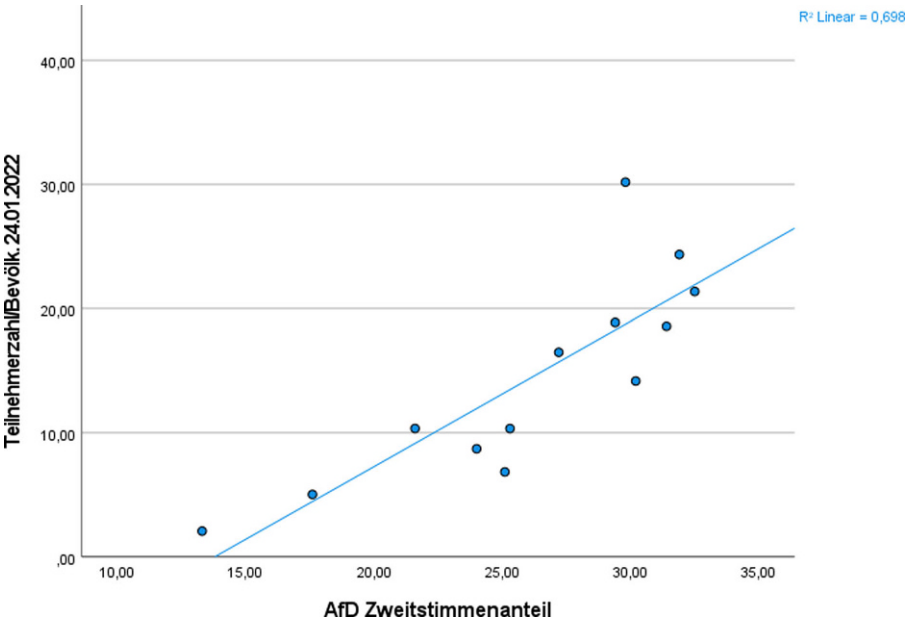


Abb. 1 Zusammenhang zwischen Corona-Protest am 24.01.2022 (Teilnehmerzahl pro 1000 Bevölkerung) und AfD-Zweitstimmenanteil in der Bundestagswahl 2021 (Kreisfreie Städte und Landkreise in Sachsen, $N = 13$). *Quelle*: Eigene Analyse und Darstellung

tional viele Personen – relativ zur Einwohnerzahl – an den Kundgebungen teil (die Korrelationen variieren zwischen $r = 0{,}49$ und $0{,}53$, $p < 0{,}10$). Desgleichen nehmen überproportional viele Menschen an den Protesten teil, wo überproportional oft die Ansicht vertreten wird, Muslimen müsse der Zuzug verweigert werden (Korrelation zwischen $r = 0{,}71$ und $r = 0{,}79$, $p < 0{,}01$). Der Protest ist daran gemessen in rechtspopulistisch geprägte regionale Milieus eingebettet und dürfte daraus auch einen bedeutsamen Teil seiner Dynamik gewinnen.[19]

5 Schlussbemerkungen

Sachsen repräsentiert das Bundesland, in dem nicht nur die Kritik an den Corona-Maßnahmen überproportional verbreitet war, sondern zeitweise auch die höchsten Corona-Inzidenzen vorherrschten und im Verlauf der Corona-Krise besonders strenge Maßnahmen ergriffen wurden, um die Infektionsgefahren einzudämmen. Damit einher gingen Proteste in einem Ausmaß, das Sachsen zur Hochburg der Corona-Kritiker und Gegner der Corona-Maßnahmen werden ließ. In Sachsen verdichteten sich Corona-bezogene Konstellationen und spezifische politische Verhältnisse zu einem Gesamtbild, das dieses Bundesland von den anderen Bundesländern abhebt.

[19] Ein signifikanter Effekt der Corona-Inzidenzen und der Strenge der verhängten Maßnahmen ist auf der Kreisebene nicht erkennbar.

Dies muss Generalisierungsmöglichkeiten auf der Ebene der Befunde gleichwohl nicht ausschließen.

Anders als es von den politischen Einstellungen der AfD-Anhänger her erwarten wurde, begünstigte der AfD-Wähleranteil am Ort des Protestes weder das lokale Vorkommen von Protest noch die Teilnehmerzahlen in der Hochphase des Protests im Januar 2022. Dies bedeutet entweder, dass die Teilnehmer des Protestes politisch heterogener waren als man es aufgrund des Zusammenhangs von AfD-Wählerschaft und Corona-Einstellungen her erwarten würde. Oder es bedeutet, dass die AfD-Affinitäten sehr wohl die Teilnahme am Protest begünstigten, die Teilnehmer mit AfD-Affinität jedoch hauptsächlich aus Nachbargemeinden stammten und sich deren parteipolitische Profil – da nicht in der Studie erfasst – nicht in entsprechenden Zusammenhängen niederschlug.

Die Analyse auf höherer Aggregationsebene – auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise – zeigte andererseits, dass wenn man das Umland des Protestortes in die Betrachtung einbezieht, ein AfD-Effekt sehr wohl existiert: Je höher der lokale Anteil der AfD-Wähler und je weiter verbreitet rechtspopulistische Einstellungen dort sind, desto größer die Teilnehmerzahl.[20] Die Befunde legen nahe, dass die Analyse von Protestereignissen auf der Kreisebene einen besseren Einblick bringen könnten als die Analyse auf kommunaler Ebene, wenn man nicht sicher ist, ob sich der Protest (nahezu) vollständig aus dem Kreis der Einwohner des Ortes rekrutiert.

Dass es einen Zusammenhang zwischen AfD-Wähleranteil auf Kreisebene und Protest gibt, hatte zuvor schon eine bundesweite Untersuchung nahegelegt (Plümper 2021). Allerdings fasste sie die AfD-Wähler mit den Wählern der Links-Partei zu einer Gruppe zusammen – was angesichts der gegenläufigen Orientierungen von AfD-Wählern und Wählern der Links-Partei in der Corona-Frage dazu geführt haben muss, den Effekt des AfD-Wähleranteils zu unterschätzen. Und was möglicherweise auch dazu beitrug, dass der Effekt in dieser Untersuchung nur für Westdeutschland nachweisbar war.

Keinen Einfluss auf das Protestverhalten in der Hochphase des Protests im Januar 2022 übte die Höhe der Corona-Inzidenzen aus. Inwiefern dies auch daraus resultiert, dass die Corona-Inzidenzen zwischenzeitlich nicht mehr allein über die Maßnahmen der Corona-Bekämpfung bestimmten[21], ist ebenso eine offene Frage wie ob die Corona-Inzidenzen zu diesem Zeitpunkt noch etwas über den Zusammenhang mit der Verbreitung der AfD-Wählerschaft aussagten.[22] Zudem ist nicht ausgeschlossen,

[20] Ein vergleichbarer Zusammenhang ließ sich schon für die Zeit 2020/21 feststellen, gemessen an der Häufigkeit der Kundgebungen in dieser Zeit (Reuband 2022b). Nur war der Zusammenhang schwächer, die Korrelation belief sich auf r = 62 ($p < 0{,}001$) statt auf Werte zwischen r = 0,78 und r = 0,82 wie 2022. Was möglicherweise – jenseits der unterschiedlichen Operationalisierung (Zahl der Tage mit Protest vs. Zahl der Teilnehmer) – auch eine Folge dessen sein könnte, dass sich die AfD zwischenzeitlich noch eindeutiger gegen die Corona-Maßnahmen positionierte.

[21] Nachdem die Impfquote in der Bevölkerung gestiegen war, wurden die Corona-Inzidenzen zunehmend durch eine Kombination mehrerer Indikatoren ersetzt und die Maßnahmen gegen Corona danach ausgerichtet. Die Corona-Inzidenz war dabei ein Indikator von mehreren.

[22] Hinweise auf eine abnehmende Korrelation ergaben sich in einer Untersuchung auf Kreisebene (Reuband 2021a). In den anderen Untersuchungen, die einen Zusammenhang mit den Corona-Inzidenzen feststellten, wurde keine Differenzierung nach Zeitpunkt unternommen.

dass in dieser Frage Ost-West-Unterschiede bestanden und diese in erster Linie für den fehlendem Effekt verantwortlich sind. In der (einzigen) Untersuchung, die dieser Frage (mit Mortalitätsdaten) in Deutschland nachging, beschränkten sich die Effekte auf Westdeutschland, für Ostdeutschland gab es sie nicht (Plümper 2021).

Keinen Einfluss übte die Strenge der seit Corona-Beginn im jeweiligen Kreis ergriffenen staatlichen Maßnahmen aus. Ein Grund mag sein, dass in dem Beitrag der Fokus auf regionale Unterschiede und nicht auf temporale Unterschiede gelegt wurde und dadurch die möglichen Effekte nicht zur Geltung kamen. Auch ist es denkbar, dass sich die Bürgerinnen und Bürger zwischenzeitlich an die staatlichen Maßnahmen gewöhnt hatten und dies manches Neue – auch wenn es, gemessen an früheren Verhältnissen, mit großen Belastungen einherging – in ihrem subjektiven Erleben relativierte.

Nicht ausgeschlossen ist, dass bei einem Fokus auf die jüngste Zeit auch in Sachsen entsprechende Effekte hervorgetreten wären – immerhin waren zum Zeitpunkt unserer Untersuchung die staatlichen Maßnahmen erst vor kurzem (wieder) verschärft worden und die Einführung einer Impfpflicht für Alle erschien als ein realistisches Szenario der unmittelbaren Zukunft. Für nicht wenige der Protestierenden mag die drohende Impfpflicht die Strenge der in der Vergangenheit ergriffenen staatlichen Maßnahmen in den Hintergrund gerückt und der Impfpflicht einen herausgehobeneren Stellenwert eingeräumt haben.

Ungeklärt bleiben musste in den Beitrag, wie die Corona-Lage und die staatlichen Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Kommunen und Regionen wahrgenommen und definiert wurden und wie dies ihre Protestbereitschaft förderte. Und offenbleiben musste, wie sich die Mobilisierung für die Proteste vollzog, sowohl in der Frühphase des Protests als auch in der späteren Zeit. Entsprechende Analysen, welche die Perspektiven der Akteure und die Mobilisierungsprozesse mit in den Blick nehmen, bedürfen einer breiteren Datenbasis als sie für die Analyse der Corona-Proteste zur Verfügung stand – eine, welche sich in einer integrativen Weise sowohl auf Bevölkerumsumfragen stützt als auch auf vergleichende Fallstudien sowie Befragungen von Protestteilnehmern.

Funding The author declares that he has not received any funding for the paper

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Interessenkonflikt K.-H. Reuband gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.

Literatur

Berger, Roger, Stephan Poppe, und M. Schuh. 2016. Zur Problematik der Zählung von Demonstrationsteilnehmern. In *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‚Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke*, Hrsg. Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz, und Tino Schlinzig, 113–146. Bielefeld: transcript.

Bergrich, David. 2022. „Spaziergänge" in Ostdeutschland: Nazis als Bannerträger. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2:9–12.

Best, Heinrich, Marius Miehlke, und Axel Salheiser. 2019. *Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen*. Jena: KomRex.

Best, Volker, Frank Decker, Sandra Fischer, und Anne Küppers. 2023. *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

BfR. 2025. BfR-Corona-Monitor. Bundesinstitut für Risikobewertung. https://www.bfr.bund.de/risikokommunikation/monitoring-oeffentlicher-meinung/bfr-corona-monitor/. Zugegriffen: 16. Juli 2025.

Bohne, Maik. 2010. Nichtwähler in Deutschland – Analyse und Perspektiven. *Zeitschrift für Politikberatung* 3:253–265.

Briggs, Michael. 2018. Size matters: quantifying protest by counting participants. *Sociological Methods and Research* 47(3):351–381.

Broscheid, Andreas, und Thomas Geschwend. 2005. Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen. *Politische Vierteljahresschrift* 46:16–26.

Bubrowski, Helene, und Friederike Haupt. 2022. *Corona ist nur der Aufhänger. Verfassungsschutzchef Thomas Haldenzwang über eine neue Szene von Staatsfeinden (Interview)*. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.01.2022., 2.

Bundesministerium für Gesundheit. 2022. Die verschiedenen Indikatoren zur Pandemielage, 14. April 2022. https://www.zusammengegencorona.de/covid-19/covid-19-was-uns-die-fallzahlen-sagen-und-was-nicht/. Zugegriffen: 18. Okt. 2022.

COSMO. 2025. Covid-19 Snapshot Monitoring. https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Decker, Oliver, Jürgen Kiess, Clara Schliessler, Marius Dilling, Nele Hellweg, und Elmar Brähler. 2021. Verschwörungsmentalität, COVID-19 und Parteipräferenz: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. EFBI Policy Paper 2021-1. Universität Leipzig, Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung. https://recentglobe.uni-leipzig.de/fileadmin/Einrichtung_ReCentGlobe/dok_20210127143647_5e1533eb1b.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

DER SPIEGEL. 2021. Sachsen schränkt öffentliches Leben teilweise ein. DER SPIEGEL, 19.11.2021. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-massnahme-sachsen-verschaerft-massnahmen-im-kampf-gegen-die-pandemie-a-755868c6-73b0-41bf-9f24-da5804d4cb6c?sara_ref=re-so-app-sh&sara_ref=re-so-app-sh. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Der Tagesspiegel. 2021. Kaum Lockdown Akzeptanz. AfD-Anhänger brechen die Corona-Regeln am häufigsten. Der Tagesspiegel 04.02.2021. https://www.tagesspiegel.de/politik/kaum-lockdown-akzeptanz-afd-anhaenger-brechen-die-corona-regeln-am-haeufigsten/26883206.html. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Diekmann, Andreas. 2007. *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden und Anwendungen*. Reinbek: Rowohlt.

Earl, Jennifer, Andrew Martin, John D. McCarthy, und Sandra A. Soule. 2004. The use of newspapers in the study of collective action. *Annual Review of Sociology* 30:65–80.

Forschungsgruppe Wahlen. 2020. *Politbarometer September 2020*.

Forschungsgruppe Wahlen. 2021. *Politbarometer November 2021*.

Forschungsgruppe Wahlen. 2022. *Politbarometer Januar 2022, Datensatz ZA 7970*. Köln: GESIS.

Frei, Nadine, und Oliver Nachtwey. 2021. *Quellen des „Querdenkertums. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. Basel: Fachbereich Soziologie, Universität Basel.

Grande, Edgar, Swen Hutter, Sophia Hunger, und Eylem Kanol. 2021. Alles Covideoten? Politische Potentiale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper ZZ 2021-601. März 2021. Berlin. https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Grunert, Johannes, und Anna-Louise Lang. 2022. Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. RFBI Policy Paper 2022-3. https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2022-3_Policy%20Paper_final.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Hale, Thomas, Noam Angrist, Rafael Goldsmidt, Beatrice Kira, Anna Petherick, Toby Philps, Samuel Webster, Emily Cameron-Blake, Laura Hallas, Saphtarshi Mujumdar, und Helen Talow. 2021. A global panel database of pandemics policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker). *Nature Human Behaviour* 5:529–538.

Hentges, Gudrun, und Gerd Wiegel. 2022. Vergebliche Avancen: AfD und Querdenken. In *Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr*, Hrsg. Wolfgang Benz, 281–304. Berlin: Metropol.

Hunger, Sophia, Swen Hutter, und Eylem Kanol. 2023. The mobilisation potential of anti-containment protests in Germany. *West European politics* 46:812–840.

Iacoella, Francesco, Patricia Justino, und Bruno Martorano. 2021. *Do pandemics lead to rebellion? Policy responses to COVID-19, inequality, and protest in the USA*. WIDER working paper, Bd. 2021/57. Helsinki: United Nations University UNO-WIDER.

Infas 360. 2022. 2 Jahre Pandemie: Wie streng waren Deutschlands Regionen? Bonn: infas. https://www.infas360.de/corona-strenge-index/. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Infratest-dimap. 2022. *ARD-DeutschlandTREND Februar 2022*. Berlin: Infratest-dimap.

Institut für Demoskopie. 2020. Der schwere Weg in die Normalität. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 11 vom 22. Mai“ 2020. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/FAZ_Mai_2020_Normalitaet.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Institut für Demoskopie. 2022a. Erhebliche soziale Kollateralschäden der Pandemie. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 21 vom 26. Januar 2022. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Januar_2022_SozialeSchaeden.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Institut für Demoskopie. 2022b. Politischer Radikalismus und die Neigung zu Verschwörungstheorien. Allensbach. https://cache.pressmailing.net/content/7421ef36-86c3-43f8-9bc0-15593ba87da5/AllensbachStudie1.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Klandermans, Bert. 2015. Motivations to action. In *The Oxford handbook of social movements*, Hrsg. Donatella della Porta, Mario Diani. New York: Oxford University Press.

Klapsa, K. 2024. *Der Kippunkt des Vertrauens – in Ost und darüber hinaus*. Welt Online 11.09.2024.

Koch, M., M. Miehlke, und Andreas Beelmann. 2022. *Topografie 2021/22: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen*. Jena: KomRex.

Kölzer, Julius, Marc Debus, und Christian Stecker. 2025. Alte Wurzeln, neue Wurzeln? Zum Einfluss früherer rechtsradikaler Unterstützung auf den AfD-Wahlerfolg bei der Europawahl 2024. *Politische Vierteljahresschrift* https://doi.org/10.1007/s11615-025-00590-1.

Koos, Sebastian. 2021. Die „Querdenker“: Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der Corona-Proteste am 04.10.2020 in Konstanz. Forschungsbericht, Januar 2021. Universität Konstanz. Konstanz. https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/52497/Koos_2-bnrddxo8opad0.pdf?sequence=1&isAllowed=y. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Kriesi, Hanspeter, und Ioana-Elena Oana. 2023. Protest in unlikely times: dynamics of collective mobilisation in Europe during the COVID-19 crisis. *Journal of European Public Policy* 30:740–765.

Kulturbüro Sachsen. o. J.. *Motor der Radikalisierung. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind das Zentrum extrem rechter „Corona Proteste“*. Dresden: Kulturbüro Sachsen.

Küpper, Beate. 2017. *Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Einstellungsmuster und politische Parteipräferenzen*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Lange, Martin, und Ole Monscheuer. 2021. Spreading the disease. Protest in times of pandemics. ZEW Discussion Papers, February 2021, No.21-009. Mannheim. http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp21009.pdf. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Lausitzer Rundschau. 2021. Ausschreitungen bei Demo gegen Regeln in Sachsen – Polizisten verletzt, 28.12.2021. https://www.lr-online.de/nachrichten/panorama/demo-in-bautzen-heute-ausschreitungen-bei-corona-protesten-gegen-regeln-in-sachsen-polizisten-verletzt-61737405.html. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Mut gegen rechte Gewalt. 2024. Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle. https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Nachtwey, Oliver, Robert Schäfer, und Nadine Frei. 2020. Politische Soziologie der Corona-Proteste. Gesamtauswertung. Institut für Soziologie. Universität Basel. Basel. https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Netzwerk Tolerantes Sachsen. 2022. Die „Corona-Proteste“ in Sachsen werden von Demokratiefeinden geprägt, 24.02.2022. https://www.tolerantes-sachsen.de/die-corona-proteste-in-sachsen-werden-von-demokratiefeinden-gepraegt/. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Neumayer, Eric, Katharina Gebriela Pfaff, und Thomas Plümper. 2024. Protest against COVID-19 containment policies in European countries. *Journal of Peace Research* 61:398–412.
ntv. 2024. Deutsche stellen Corona-Politik ein gutes Zeugnis aus, 22.04.2024. https://www.n-tv.de/politik/Deutsche-stellen-Corona-Politik-ein-gutes-Zeugnis-aus-article24891927.html. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Oliviero, Angelo. 2021. Corona und Rechtspopulismus. In *Midem Jahresstudie 2021*, 10–17. Dresden: TU Dresden.
Plümper, Thomas, Eric Neumayer, und Katharina Gabriela Pfaff. 2021. The strategy of protest against Covid-19 containment policies in Germany. *Social Science Quarterly* 102(5):2236–2250.
Ragnitz, Joachim. 2021. Entwicklung der Mobilität in Deutschland und Sachsen im zweiten Corona-Lockdown. *Ifo Dresden berichtet*, 19–23.
Rees, Yann, Johann H. Rees, und Andreas Zick. 2021. Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Hrsg. Andreas Zick, Beate Küpper, 112–122. Bonn: Dietz.
Reuband, Karl-Heinz. 2019. Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen: Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in den Einstellungen zu Ausländern und Muslimen wider? Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 25, Heft 1, S. 3–27. https://mip.pruf.hhu.de/article/view/65/56. Zugegriffen: 16. Juli 2025.
Reuband, Karl-Heinz. 2021a. Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung. Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen. Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 27, Heft 1, 1–14. https://mip.pruf.hhu.de/article/view/181/199. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Reuband, Karl-Heinz. 2021b. Der Einfluss politisch-kultureller Orientierungen auf Corona-Inzidenzen und Corona-Impfquoten. Ergebnisse einer Regionalanalyse in Sachsen. Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 27, Heft 2, 2021, 206–214. https://mip.pruf.hhu.de/article/view/361/378. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Reuband, Karl-Heinz. 2022a. AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 28, Heft 1, 64–91. https://mip.pruf.hhu.de/article/view/477;. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Reuband, Karl-Heinz. 2022b. Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. Der Stellenwert von AfD-Affinitäten, Verschwörungsdenken und Ortsgröße. *Zeitschrift für Politik* 69(1):55–77.
Reuband, Karl-Heinz. 2022c. Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und PEGIDA. In *Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung*, Hrsg. Heinz Ulrich Brinkmann, Karl-Heinz Reuband, 257–298. Wiesbaden: Springer VS.
Reuband, Karl-Heinz. 2025a. Welchen Stellenwert hat die Ortsgröße für politische Proteste? Eine vergleichende Analyse auf der Basis sächsischer Städte und Gemeinden. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 37, Heft 1, FJSB plus. https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2025-4_reuband.pdf;. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Reuband, Karl-Heinz. 2025b. Verbreitung, Entwicklung und Erscheinungsformen des lokalen Corona-Protests. Eine Analyse auf der Basis von Städten und Gemeinden in Sachsen. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 37, Heft 3, FJSB plus. https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2025-8_reuband.pdf;. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Reuband, Karl-Heinz. 2025c. Der Aufstieg der AfD in der Wählergunst. Rechtspopulistische Einstellungen und Vertrauen in die Bundesregierung als Einflussfaktoren Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), Heft 1, S. 184–220. https://mip.pruf.hhu.de/article/download/748/762. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Ribbeck, Juliane, und Patrick Notzon. 2017. *Ergebnisbericht der Passantenbefragung. Einkaufsverhalten und Angebot in Weißwasser/Oberlausitz*. Cottbus: BTU Cottbus.
Richter, Cristoph, Maximilian Wächter, Jost Reinecke, Axel Salheiser, Mathias Quent, und Mathias Wjst. 2021. Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020 Zeitschrift für Rechtsextremismus 1 (2). https://www.budrich-journals.de/index.php/zrex/article/download/38483/32727. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
Rippl, Susanne, und Christian Seipel. 2025. „Der Merkel Maulkorb". Die Politisierung staatlicher Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie. *Soziale Probleme* 36:73–93.
Rucht, Dieter. 2023. *Kollektive Proteste und soziale Bewegungen. Eine Grundlegung*. Weinheim, Basel: BeltzJuventa.

Sächsisches Staatsministerium des Innern. 2021. Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drs. Nr. 7/7644. Extrem rechtes, rassistisches und gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie gerichtetes „Protest"-Geschehen im Freistaat Sachsen seit dem Jahr 2018. Anlage 2.2. Dresden 2021. https://edas.landtag.sachsen.de/. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Scheuch, Erwin K. 1965. Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten. In *Zur Soziologie der Wahl*, Hrsg. Erwin K. Scheuch, Rudolf Wildenmann, 169–214. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schroeder, Wolfgang, und Bernhard Weßels. 2023. *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*. Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung.

Schulze, Christoph. 2022. *„Corona-Proteste" und die extreme Rechte. Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021*. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle. Potsdam: Universität Potsdam. (unter Mitarbeit von Larissa Ninnebesel, Dorina Feldmann, Helmuth E. Neumann und Lydia Weiler.)

Statistisches Landesamt. 2016. *Pendler im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) 2016*. Kamenz: Statistisches Landesamt.

Teune, Simon. 2020. Zusammen statt nebeneinander. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und die extreme Rechte. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* 2:112–116.

Teune, Simon. 2024. *„Proteste wirken meist indirekt" (Interview)*. Süddeutsche Zeitung, 23./24. November, Bd. 271, 36–37.

Vehrkamp, Robert, und Wolfgang Merkel. 2020. *Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*. Bielefeld: Bertelsmann Stiftung.

Verhulst, Joris, und Stafaan Walgrave. 2009. The first time is the hardest? A cross-national and cross-issue comparison of first-time protest participants. *Political Behavior* 31:455–484.

Vorländer, Hans, Maik Herold, und Cyrill Otteni. 2021. Covid-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens. Midem Studie 2021-1 Dresden 2021. https://forum-midem.de/midem-studie-covid-19-in-sachsen/. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

ZEIT-Online. 2021. Hunderte in Sachsen bei unerlaubten Corona-Protesten, 30.11.2021. https://www.zeit.de/news/2021-11/29/hunderte-in-sachsen-bei-unerlaubten-corona-protesten. Zugegriffen: 3. Juni 2025.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.